Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1948

14 (5.2.1948)

Visual Library

3. Jahrgang / Nummer 14
Druck u. Verlag: Badendruck, GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b-5. Telefon 4051/53. Ausgaben für Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufh. Schardt.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 5. Februar 1948
Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, Postbezug RM 2.60 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Zeile RM.2.—; Ausg. Pforzh. RM. 1.—. Amtl. städt. Anz. d. Hälfte

Hintergründe der Ermordung Gandhis

Werk linksgerichteter Untergrundbewegung / Verhaftungen und Unruhen in Indien

Neu Delhi, 4. Febr. (AP) In weiten Kreisen hält man die Ermordung Gandhis für das Werk einer linksgerichteten Untergrundbewegung, die Gandhis Bemühungen um eine Beilegung der kommunalen Unruhen entgegenarbeitete.

Die Regierung hat bisher noch nicht offiziell zu dieser Möglichkeit Stellung genommen, erwägt aber offensichtlich ebenfalls die Frage, ob die Ermordung Teil eines bis ins kleinste durchorganisierten Planes ist, der vielleicht auch die Beseitigung anderer unbequemer Persönlichkeiten vorsieht, oder ob es sich nur um einen allein gegen Gandhi gerichteten Schritt handelt. Die Polizei hat bisher noch nicht in Erfahrung gebracht, inwieweit eine Beziehung zwischen dem kürzlich verübten Attentatsversuch und dem Mord besteht.

Die „Hindustan Times", die von dem Sohn Gandhis, Devadas, herausgegeben

wird, berichtete am Samstag, der Täter sei ein Mitglied der linksgerichteten hinduistischen Mahasabha-Partei aus Poona. Es ist auch nicht ohne weiteres ersichtlich, inwieweit die Tat aus einem bisher unterdrückten Grimm wegen der Bemühungen zum Schutz der Mohammedaner gegen Rachemaßnahmen der aus Pakistan vertriebenen Hindus erwuchs oder zu einem Plan gehört, der die Beseitigung der alten Garde der Kongreßpartei oder zumindest der Gandhi am nächsten stehenden Kreise vorsieht.

Nach dem Tode Mahatma Gandhis ist die Führung des indischen Kongresses zwischen dem Ministerpräsidenten Pandit Jawajarlal Nehru, den Gandhi als seinen „Erben" bezeichnete, und dem streitbaren stellv. Ministerpräsidenten, Vallabmbhai Patel geteilt, der wegen seiner strengen Grundsätze und Praktiken als „eiserner Mann" bekannt ist. Die Ansichten dieser beiden Männer stoßen häufig aufeinander, und Gandhi galt als eine Art Puffer, der die Stöße auffing oder milderte. Daß sich die Regierung einer Art Krise gegenübersieht, wird als sicher angenommen. Die erste Reaktion bestand in der Erwartung, daß Gandhis Anhänger sich wegen ungenügenden Schutzes des Mahatma beschweren und als Folge davon Kabinettsveränderungen eintreten werden. Gandhi selbst wünschte keinen persönlichen Schutz.

Dr. Mohammed Hatta, der Vizepräsident der in der vergangenen Woche zurückgetretenen indonesischen Regierung, hat ein neues republikanisches Kabinett gebildet.

Der stellv. Ministerpräsident von Pakistan, Sir Zafrulla Khan, erklärte, hinter der Ermordung Gandhis steht ein Sieg der reaktionären Opposition über Gandhis Programm des Friedens und der religiösen Freiheit für die indischen Millionen. „Es ist nun die Aufgabe der Leiter aller Parteien, energische Maßnahmen gegen die Gewalttätigkeiten zu ergreifen, die als Folge dieses feigen Verbrechens ausgebrochen sind."

Die indische Polizei verhaftete laut AFP am Sonntag den Leiter der „Mahasabba", einer Hindu - Organisation, Deshpande. Der Mörder Gandhis gehörte derselben Organisation an, deren Ziel in der Ermordung der leitenden Mitglieder der indischen Kongreßpartei liegt. In Poona und Bombay sollen ebenfalls ähnliche Verhaftungen stattfinden. Etwa 20 Personen, die unter dem Verdacht stehen, in ein Komplott zur Ermordung nicht nur Gandhis, sondern auch anderer führender Mitglieder der indischen Regierung verwickelt zu sein, sind, wie hier am Sonntag bekannt wurde, in Bombay verhaftet worden.

Hunderttausende von Trauernden wohnten am Samstag der feierlichen Einäscherung der sterblichen Hülle Mahatma Gandhis bei. Die indische Regierung gab bekannt, daß die offizielle Staatstrauer für Gandhi im ganzen Dominium 13 Tage dauern wird.

Die über den Tod Gandhis erzürnte Menschenmasse griff in Bombay und Poona die Wohnungen bekannter Mitglieder der politischen Hindu-Organisation, „Mahasabha", an, zu der auch der Mörder Gandhis gehörte. Ein großer Teil der Bevölkerung, die vorwiegend aus Hindus besteht, zeigt sich sehr erbittert gegen die freiwillige Hindu-Landesorganisation und die „Mahasabha", deren Politik nach ihrer Meinung zum Tode Gandhis führte. Vor den Büros dieser eng miteinander verbundenen Organisation wurden Rufe wie „Nieder mit den Kommunisten" und „Räuchert sie aus" laut.

Poona, 4. Febr. (Dena-Reuter) Die indische Polizei durchsuchte hier am Samstag das Haus des Gandhi-Mörders, Nathuram Vinayak Godse und mehrere Häuser von Mitgliedern der „Mahasabha". Godses Haus und die Grundstücke der von Godse herausgegebenen örtlichen Tageszeitung „Hindu-Welt" wurden unter Polizeibewachung gestellt. In der ganzen Stadt Bombay wurden am Samstag die Sicherheitsmaßnahmen der Polizei verstärkt, jedoch konnten die Polizeiposten einzelne Ausschreitungen nicht verhindern.

Marshall warnt erneut vor Kürzung des Europa-Hilfsprogramms

Washington, 4. Febr. (Dena-Reuter) Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte am 3. d. M. vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, jede Maßnahme des Kongresses, die für die ersten 15 Monate des Marshallplanes zur Unterstützung Europas vorgesehene Summe von 6800 Mill. zu kürzen, würde den Erfolg des gesamten Programmes aufs Spiel setzen. Marshall wiederholte seine bereits mehrmals geäußerte Warnung gegen das Bestreben der Republikaner, den vorgesehenen Betrag um über eine Milliarde zu verringern.

Amerikanische Beamte waren am 2. d. M. der Ansicht, daß ein Wunder eintreten müßte, um die Beratungen über den Marshall-Plan bis zum festgesetzten Datum des 1. April abzuschließen. Ein ähnliches Wunder müßte eintreten, um eine Herabsetzung der vorgesehenen Summe um eine Milliarde Dollar oder gar mehr zu vermeiden. Es wird erwartet, daß der Senat in der dritten Märzwoche eine Entscheidung fällen wird. Die Vernehmungen des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses werden, ohne daß ein Ende abzusehen ist, noch fortgeführt.

Kein Fortschritt in der Währungsreform

Der Alliierte Kontrollrat vertagte die Diskussion

Berlin, 4. Febr. (Dena) In der Exekutivsitzung des Alliierten Kontrollrates am 31. Jan., an der neben den vier Militärgouverneuren auch ihre Stellvertreter und ihre politischen Berater teilnahmen, wurde die Frage der Möglichkeit einer gesamtdeutschen Währungsreform über eineinhalb Stunden lang besprochen.

Neben der Erörterung der Einzelheiten, die in den Vorschlägen des amerikanischen Militärgouverneurs, General Lucius D. Clay, zur Währungsreform enthalten waren, wurde ein Gegenvorschlag des sowjetischen Oberkommandierenden, Marschall Wassilij Sokolowski, besprochen. Einzelheiten über die Vorschläge und die Stellungnahme der einzelnen Delegationen wurden angesichts der geschlossenen Exekutivsitzung nicht bekannt.

Die Militärgouverneure kamen überein, die Vorschläge zur Währungsreform auf der nächsten Kontrollratssitzung am 10. Februar weiter zu erörtern.

General Robertson schlug vor, die Alliierte Kommandantur für Berlin solle unverzüglich eine Bestimmung ausarbeiten, die prinzipiell feststelle, daß alle Tagungen deutscher politischer Parteien in Berlin der Rechtsgewalt der Alliierten Kommandantur unterstehen und daß öffentliche Versammlungen politischer Parteien in Berlin vorbehaltlich einer solchen Bestimmung durch die Alliierte Kommandantur den Abordnungen aller vier alliierten Besatzungsmächte zugänglich seien. General Robertson schlug ferner vor, sagte der Sprecher, allen deutschen Parteien in Berlin das Recht einzuräumen, geschlossene Sitzungen der Parteiausschüsse abzuhalten.

Darauf erwiderte Marschall Sokolowski, die alliierten Besatzungsmächte hätten kein Recht, Versammlungen beizuwohnen, die lediglich für die politischen Parteien der sowjetischen Zone von Interesse sind. General Clay erklärte, daß die amerikanische Besatzungsmacht in Berlin die gleichen Rechte habe wie jede andere Besatzungsmacht.

Die Viermächteverwaltung Berlins beruhe auf einem Abkommen zwischen den alliierten Besatzungsmächten. Die Bemerkungen Marshall Sokolowskis stünden in direktem Gegensatz zu diesem Abkommen.

Der Kontrollrat sei darüber hinaus übereingekommen, Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die auf eine Beschränkung und Kontrolle hinsichtlich der Verwendung „potentiell gefährlicher Deutscher" der früheren deutschen Wehrmacht, vor allem ehemaliger Offiziere, in der deutschen Industrie abzielen.

Die sowjetisch lizenzierte Berliner Presse veröffentlichte am 3. Febr. in großer Aufmachung einen Bericht der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Taß über die Sitzung des alliierten Kontrollrats am 31. Jan., in dem die amerikanischen Behörden beschuldigt werden, keine gesamtdeutsche Währungsreform zu wünschen. In der Meldung wird behauptet, die Amerikaner hätten bereits Geldnoten für eine separate Währungsreform in den westlichen Zonen Deutschlands gedruckt.

Deutschland muß zusammenspielen

Köln, 4. Febr. (Dena) Der von der SMA ausgeschaltete erste Vorsitzende der CDU in der Sowjetzone, Jakob Kaiser, kennzeichnete am 3. d. M. in der Universität Köln die jetzige Situation in der Sowjetzone-CDU und nahm außerdem zu innen- und außenpolitischen Fragen Stellung.

Das Geschehen in der Sowjetzone nannte Kaiser eine ernste Mahnung für ganz Deutschland. Wer jetzt noch nicht begreife, daß Deutschland zusammenspielen müsse, der solle lieber die Finger von der Politik lassen. Leider habe man die gesunden politischen Kräfte, die sich in Berlin und in der Sowjetzone für die politische Freiheit einsetzten, recht oft allein gelassen. Eine nationale Repräsentation wäre der beste Prüfstein für die Bereitschaft der Kommunisten zur Zusammenarbeit gewesen, denn dann hätten sie sehr bald vor der Alternative gestanden, entweder dem ehrlichen gesamtdeutschen Aufbauwillen mit allen freiheitlich gesinnten Kräften oder der destruktiven Demonstration mit einem totalitären System den Weg zu bereiten.

Die Blockpolitik in der Sowjetzone habe die CDU nur deshalb auf sich nehmen müssen, um einen „Fonds der Freiheit" in der Zone hegen und bewahren zu können. Die skrupellose Diffamierung sei eines der gebräuchlichsten Mittel der Sowjetzone-Demokratie.

Für Reform des Wirtschaftsrates

München, 4. Febr. (Dena) Der Länderratsausschuß des bayerischen Landtags behandelte am 30. Jan. in einer außerordentlichen Sitzung den Entwurf der Proklamation der amerikanischen und der britischen Militärregierung zur Neuordnung des Wirtschaftsrates und billigte in vollem Umfange die Haltung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard bei den Frankfurter Beratungen über den Entwurf.

In einer Entschließung stellte der Ausschuß fest, er teile die grundsätzlichen Bedenken, die den Ministerpräsidenten veranlaßt haben, dem Entwurf der Proklamation in der vorgelegten Fassung nicht beizupflichten. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die staatsrechtliche Lösung der deutschen Frage nur auf der Grundlage einer auf demokratischem Wege zustande gekommenen Verfassung erfolgen könne. Grundsätzlich sprach sich der Ausschuß für eine Reform des Wirtschaftsrates aus, die ihn zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben befähigt.

Die Oberbürgermeisterwahlen

Karlsruhe: Friedrich Töpper (SPD). Wahlberechtigt: 111 690. — Abgegebene Stimmen: 29 804. — Gültig: 25 514. — Ungültig: 4 290. — Friedrich Töpper: 25 140. — Sonstige: 374. — Wahlbeteiligung: 26,48 Prozent.

Pforzheim: Dr. Joh. Peter Brandenburg (DVP). Wahlberechtigt: 33 666. — Abgegebene Stimmen: 21 065. — Gültig: 20 823. — Ungültig: 252. — Dr. Brandenburg: 10 882. — Heimstädter: 9 941. — Wahlbeteiligung: 62,5 Prozent.

Mannheim: Dr. Fritz Cahn-Garnier (SPD). Wahlberechtigt: 148 354. — Abgegebene Stimmen: 84 483. — Gültig: 82 770. — Ungültig: 1713. — Dr. Fritz Cahn-Garnier 46 833. — Josef Braun 35 893. — Wahlbeteiligung: 56,8 Prozent.

Heidelberg: Dr. Hugo Swart (CDU). Wahlberechtigt: 72 201. — Abgegebene Stimmen: 33 391. — Gültig: 32 714. — Ungültig: 677. — Dr. Hugo Swart 16 757.

Fünfmächtevertragsentwurf

London, 4. Febr. (Dena-Reuter) Die britische Regierung hat, wie am 31. Jan. amtlich bestätigt wurde, der französischen Regierung den Entwurf eines Fünfmächtevertrages zwischen Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Länder (Belgien, Holland und Luxemburg) vorgelegt.

Während der anglo-französische Pakt in erster Linie als Mittel der gegenseitigen Verteidigung gegen eine mögliche neue Aggression von seiten Deutschlands gedacht ist, wird angenommen, daß der vorgeschlagene Fünfmächte-Vertrag auf diesen Punkt weniger eingeht. Den Grund hierfür sehen Beobachter in der Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan und der möglichen Eingliederung des westdeutschen Gebietes in eine erweiterte westeuropäische Assoziation.

Ursache des deutschen Mangels

Frankfurt a. M., 4. Febr. (Eig. Ber. -sch-) Die Generale Adcock und Mc. Ready sprachen über Radio Frankfurt zur Ernährungslage. Wenn es gelänge, den Schwarzen und Grauen Markt in Deutschland zu beseitigen, würden 25 Prozent Lebensmittel mehr zur Verfügung stehen. Es sei ein Rückgang des Milchertrages eingetreten, der geradezu beängstigend wirke. Der Ertrag der deutschen Kühe sei bis 1943 um 400 Prozent höher gewesen als heute. Der Fettmangel sei aber auch durch die schlechte Lage auf dem Weltfettmarkt begründet. Deutschland werde bei der Zuteilung schon besonders großzügig behandelt. Mit Hilfe der Einfuhr hoffe man, recht bald wieder die Fettration auf 150 Gramm erhöhen zu können. Deutschland werde in Kürze 7000 t Walöl erhalten.

1,4 Mill. t Erze aus Schweden

Düsseldorf, 4. Febr. (Dena) Ein Kontrakt über die sofortige Lieferung von insgesamt 1,4 Millionen t schwedischer Erze für die deutsche Stahlindustrie, die in Dollar bezahlt werden sollen, wurde kürzlich in Stockholm zwischen Vertretern der Vereinigten Export-Importagentur (Jeia) der britischen Militärregierung und des Verwaltungsamtes für Stahl und Eisen und den zuständigen schwedischen Stellen abgeschlossen, wie Dena aus zuverlässiger Quelle erfährt.

Der Streikverlauf ruhig

Stuttgart, 4. Febr. (Dena) Der von den Gewerkschaften unter dem Motto „Gegen den ungleich gedeckten Tisch" für Dienstag in Württemberg-Baden ausgerufene allgemeine 24-stündige Proteststreik verlief planmäßig und bisher ohne Zwischenfälle.

Rund zweieinhalb Millionen Arbeiter und Angestellte traten am Dienstag in der britischen Zone und Württemberg-Baden in einen 24stündigen Proteststreik gegen die Ernährungslage.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, wurde entgegen dem Streikverbot des Hamburger Senats für Angestellte der öffentlichen Verwaltungen in zahlreichen Hamburger Behörden die Arbeit am Dienstag nicht aufgenommen. Sämtliche Betriebe in Hannover traten ebenfalls am Dienstag aus Protest gegen die unzureichende Ernährung in einen 24-stündigen Streik. Im Rahmen des Generalstreiks der Angestelltengewerkschaft in der britischen Zone fand in Bremen eine Protestkundgebung wegen der Nichtgewährung der Zulagekarten für Geistesarbeiter statt.

Clay beantwortet deutsche Notfragen

Noch 200 Millionen Dollar Reserve von 1947 - Einschränkung der Zeitungen wegen Speisekammer-Fragebogen?

Stuttgart, 4. Febr. (Eig.-Ber. Hue). Zur 29. Länderratstagung vom 3. Februar waren General Clay, General Hays und Botschafter Murphy in Stutigart erschienen. In seiner Begrüßungsansprache bemerkte General Clay, daß über den bizonalen Wirtschaftsrat in Frankfurt viel diskutiert werde. Dem einen sei er zu viel, dem anderen zu wenig zentralistisch, wieder andere wenden sich dagegen, weil er keine deutsche Organisation sei. In Wirklichkeit sei der Wirtschaftsrat eine provisorische Einrichtung, um dem Notstand abzuhelfen. Es müßte eine Verwaltung errichtet werden, die die Verantwortung für das wirtschaftliche und finanzielle Leben trägt. Es bestehe nicht die Absicht, in irgend einer Weise dem deutschen Volk eine künftige Regierungsform aufzudrängen, die es selbst nicht wünsche. Zu geeigneter Zeit werde eine verfassunggebende Versammlung einberufen werden.

General Clay erkannte an, daß die deutsche Bevölkerung jetzt durch ihre schwersten Tage gehe. Die bisherigen Reserven seien nahezu erschöpft, die Produktion noch nicht so weit vorgeschritten, um den Ausfall auszugleichen. Doch würden aus dem Jahre 1947 noch über 200 Mill. Dollars Reserve verfügt werden können. Für 400 Mill. Dollars seien Exportaufträge bestätigt, bis jetzt aber erst für 90 Mill. Rohwaren eingekauft worden, so daß für das Jahr 1948 noch 500 Mill. Dollars zum Einkauf von anderen Gütern zur Verfügung ständen. Davon könnten im ersten Vierteljahr 100 Mill. abgerufen werden, was für die Produktion ein vielversprechender Ausblick sei. Der General kam dann auf seine Ausführungen in Washington zurück, wo er für Deutschland vom 1. Juli 1948 bis 1. Juli 1949 700 Mill. Dollars verlangt habe. Dabei könnten dem Normalverbraucher 1800 Kalorien zugestanden werden.

Auf den Streik eingehend erklärte General Clay, daß er an dieser Art Demonstration nichts auszusetzen habe. Der Arbeiter bringe damit seine Unzufriedenheit über die Verteilung zum Ausdruck, überall höre er, daß Deutschland aus umliegenden Ländern Fett erhalten könnte. Die Fettverteilung unterliege aber einem Weltverteilungssystem. Diese Fettmengen, die wir also aus Nachbarländern erhalten würden, würden uns bei der allgemeinen Verteilung wieder abgenommen werden.

Anschließend beantwortete General Clay einige Fragen von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates. Abgeordneter Möller (SPD) ging auf Pressemeldungen ein, wonach General Clay im Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats erklärt haben soll, daß ein weiterer Abbau deutscher Industriebetriebe und ihre Verteilung an andere westeuropäische Staaten wahrscheinlich zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Gesundung Westeuropas beitragen würde. Er fragte, ob General Clay bereit sei, erneut eine Stellungnahme der deutschen Regierungen und Parlamente zum Demontageplan entgegenzunehmen. Clay bestätigte im Wesentlichen die Wahrheit dieses Presseberichtes. Auf Grund einer genauen Schätzung, was Deutschland in den nächsten fünf Jahren leisten könnte, sei der neue Industrieplan festgelegt worden. Die darüber hinausgehende Kapazität könne woanders besser verwertet werden. Natürlich habe jede Fabrik einen Grund dafür, daß sie stationär bleiben müsse. Der Industriestand bedeute keine Begrenzung der zukünftigen Produktion. Diese Frage könnte aber nur innerhalb des Friedensvertrags erledigt werden. Selbstverständlich würde die Militärregierung alle Meinungsäußerungen deutscher Behörden prüfen.

Auf die Bitte von Abgeordnetem Ersing (CDU), anzuordnen, daß entlassene Kriegsgefangene nur unter das Befreiungsgesetz fallen, wenn sie verbrecherische Handlungen begangen haben, erwiderte der General, daß dies seiner Ansicht nach durch die Änderung des Befreiungsgesetzes erreicht sei. Wenn nicht, möge der Länderrat diesbezügliche Vorschläge machen. Landtagspräsident Keil forderte für die früheren Eigentümer von Druckereigebäuden und Betrieben, die vom Nationalsozialismus rechtswidrig enteignet worden seien, eine Rückerstattung der Vermögenswerte. General Clay erwiderte, er hoffe, daß eine angemessene Lösung gefunden werde, jedoch ohne die unabhängige Presse zu zerstören. Als zweiter wiederholte Landtagspräsident Keil seinen Wunsch nach der Schaffung von Parteizeitungen. Die lizenzierte Presse unterliege keiner demokratischen Kontrolle. Nach Ansicht General Clays ist jedoch keine Kontrolle die demokratischste Kontrolle. Er schlägt aber eine öffentliche Meinungsprüfung vor, ob die Deutschen Parteizeitungen oder eine freie Presse haben wollen.

Der Länderrat nahm den Gesetzentwurf über die Zuweisung von Rechtsmittelsachen an ein oberstes Landesgericht einstimmig an. Ferner billigte er die Änderung des Gesetzes über die Behandlung wiederkehrender Leistungen bei der Zwangsvollstreckung in das angebliche Vermögen. Der Länderrat nahm einen Antrag an, in dem die Militärregierung gebeten wird, eine Überprüfung der noch mit DP's belegten Kasernen und Lager herbeizuführen, um eine bessere Ausnutzung des vorhandenen und die Freigabe des nunmehr entbehrlich gewordenen Unterkunftsraumes in die Wege zu leiten. Die vom Parlamentarischen Rat gebilligten Anträge über Kriegsgefangenenfragen wurden vom Länderrat gebilligt. Der Parlamentarische Rat gab dazu die Erklärung ab, es sei eine unbillige Härte, wenn unschuldige Menschen eine so unvorstellbar lange Zeit nach dem praktischen Kriegsende noch in der Kriegsgefangenschaft leben müßten. Deshalb stelle er den Antrag, die amerikanische Militärregierung möge im Kontrollrat eine Entschließung erwirken, daß genaue Angaben über die Rücksendung unserer Kriegsgefangenen usw. gemacht werden.

In einer Pressekonferenz kündigte General Clay die Proklamation der Frankfurter Verfassung innerhalb der nächsten Woche an. Über das Schicksal des Frankfurter und Stuttgarter Länderrats befragt, antwortete der General, daß darüber ernsthafte Besprechungen noch stattfinden werden. Auf die Frage, ob von deutscher Seite die Initiative ergriffen werden müßte, eine deutsche Verfassung anzustreben, erklärte General Clay, daß er nicht soweit gehen könne und daß diese Frage auch von internationalen Faktoren abhängig sei. Irgendwelcher Zwang von seiten der amerik. Regierung würde nicht ausgeübt werden. Über die von Pierre Schneiter gemachten Ausführungen, nach denen ein föderalistisches System, in dem alle Länder vertreten seien, der einzige Weg gegen eine Aufspaltung Deutschlands in zwei Teile sei, war General Clay nichts bekannt, aber er selbst begrüße einen föderalistischen Aufbau, möglichst ohne starke Konstruktion. Ein deutscher Bürger könne ein Gesetz kritisieren und Änderungen verlangen, aber nicht es verletzen. Er dementierte die ausländischen Pressemeldungen, nach denen Dr. Schacht der Militärregierung Pläne zur Währungsreform ausgearbeitet hätte. Sie wären auch nicht erwünscht. Eine Vereinigung von Nordbaden mit Südbaden und Nordwürttemberg mit Südwürttemberg nach Beitritt Frankreichs zur Wirtschaftsvereinigung hielt der General nicht für ausgeschlossen. Es hätten aber noch keine Verhandlungen darüber stattgefunden. General Clay hielt es für möglich, daß, um das Papier für die Fragebogen des Speisekammergesetzes freizubekommen, eine Einschränkung der Zeitungen möglich sei. Zum Schluß mahnte der General die Lizenzpresse, sich ihrer hohen Verantwortung bewußt zu sein. Es gebe nur wenige Zeitungen, aber diese müßten auch der Kritik Raum zur Verfügung stellen.

Beratung der Ministerpräsidenten

Die Ministerpräsidenten der US - Zone und der Senatspräsident von Bremen erörterten hier am Dienstag im Länderratsgebäude die staatsrechtliche Entwicklung des Wirtschaftsrates und die weitere Existenz des Länderrates. An der Tagung nahmen auch die drei Landtagspräsidenten der süddeutschen Länder sowie der Generalsekretär des Länderrates teil.

Ein Sprecher des württembergisch-badischen Staatsministeriums erklärte, die Konferenzteilnehmer seien in ihren Besprechungen zu keinem Ergebnis gelangt.

Im Telegrammstil

Washington. Die USA haben laut AFP am 2. Februar den sowjetischen Protest über den Aufenthalt amerikanischer Kriegsschiffe in italienischen Hoheitsgewässern zurückgewiesen. (Dena) — USA weist sowjetische Note über Tätigkeit von USA-Missionen im Iran zurück. (Dena-INS) — Die UdSSR protestiert gegen amerikanische Lufttätigkeit im japanischen Gelben Meer. (Dena) — Das USA-Repräsentantenhaus nimmt Gesetzesvorlage zur Senkung der Einkommenssteuer um 6,5 Milld. Dollar für 1948 an. (Dena-INS) — Marshall schlägt Zusammenkunft der Außenminister - Stellvertreter für 20. Februar vor, um den österreichischen Staatsvertrag und die neuen sowjetischen Vorschläge dazu zu erörtern. (Dena-Reuter)

New York. Der Weltsicherheitsrat behandelte einen Bericht des Fünfmächte-Palästinaausschusses über die Lage im Heiligen Land. (Dena-INS) — Araber behaupten Vorhandensein eines sowjetisch-zionistischen Geheimabkommens. (Dena-Reuter)

Kopenhagen. Der dänische Premierminister Hans Hedtoft erklärte am 30. Januar Dänemark werde weder an einem westnoch osteuropäischen Block teilnehmen. (Dena-Reuter)

Stockholm. Der schwedische Außenminister Oesten Unden erklärte am 3. ds. Mts. in einer Rede vor beiden Häusern des Parlamentes, Schweden werde nicht an der von Außenminister Bevin vorgeschlagenen Bildung einer westeuropäischen Union teilnehmen, um nicht die Möglichkeit zu verlieren in einem zukünftigen Krieg seine Neutralität beizubehalten. (Dena-Reuter)

Rom. USA und Italien schließen Handels-, Schiffahrts- und Freundschaftsvertrag für 19 Jahre. (Dena-INS)

Stuttgart. Nach dreimaligem Ersuchen ist dem Rücktrittsgesuch des württemberg-badischen Befreiungs - Ministers Gottlob Kamm (SPD) am Dienstag von Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier stattgegeben worden. Das Gesuch war aus Protest gegen die Überführung des im Nürnberger Juristenprozeß freigesprochenen ehemaligen Präsidenten des Volksgerichtshofes, Stuttgart, Hermann Cuhorst, in die französische Besatzungszone, eingereicht worden. (Dena)

Frankfurt. Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, sprach in einer am 31. Januar veröffentlichten Erklärung dem Präsidenten des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, sein Vertrauen für die von ihm geleistete Arbeit aus. — Über die Zulassung deutscher Firmen, die über die erforderlichen Erfahrungen und gute Auslandsbeziehungen verfügen, zum Lebensmitteleinfuhrhandel der Bizone, wurde auf einer Tagung bei der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nach Mitteilung vom Samstag eine grundsätzliche Einigung erzielt. — Die deutsche Post nunmehr verantwortlich für überseeische Telefongespräche. — Amerika wünscht baldigen Abschluß der deutschen Reparationslieferungen selbst dann, wenn ein Friedensvertrag mit Deutschland noch nicht unterzeichnet sei. (Dena)

Berlin. Dr. Hjalmar Schacht hat für die Bizone einen Industrialisierungplan ausgearbeitet, weiß das sowjetische Nachrichtenbüro am Sonntag zu melden. Mit Hilfe amerikanischen Kapitals soll die Industrie der anglo-amerikanisch besetzten Zone innerhalb von 30 Monaten auf 80 Prozent ihres ursprünglichen Standes gebracht werden. (AP) — Über ein Drittel aller amerikanischen Offiziere wollen in den Zivildienst übernommen werden. (Dena) — In der Sowjetzone wurden von einer Gesamterzeugung von rund 490 000 t Zucker über 200 000 t für Reparationszwecke beansprucht. (Dena-DPD). — Der Landesausschuß des Landesverbandes Berlin der CDU hat am 30. Januar die Mitglieder Luitpold Steidle, Vizepräsident der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone, einstimmig und den von der SMA eingesetzten Generalsekretär der CDU, Georg Dertinger, mit 40 gegen 2 Stimmen von insgesamt 43 Stimmberechtigten wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CDU ausgeschlossen. (Dena)

„Speisekammergesetz"

Ablehnung durch den württemb.-badischen Landtag

Wie Radio Stuttgart gestern meldete, hat der württemberg-badische Landtag das sogenannte Speisekammergesetz in seiner Sitzung am 4. Februar einstimmig abgelehnt.

Die veränderte Entnazifizierung

Diskussion vor dem Länderrat — Welche Konsequenzen ergeben sich künftig?

Stuttgart, 4. Febr. (Hue. Eig. Ber.) Nachdem der parlamentarische Rat sämtlichen Punkten der Tagesordnung des Länderrats zugestimmt hatte, gab Abg. Hausmann (DVP) Württemberg-Baden einen Bericht über die letzte Sitzung des Entnazifizierungsausschusses des Länderrats. Danach wies OMGUS Berlin die Befreiungsministerien der einzelnen Länder darauf hin, daß die im Oktober beschlossene Änderung des Gesetzes, insbesondere in bezug auf Art. 33 Abs. 4 nicht weit genug ausgenutzt werden würde. Abg. Hausmann erklärte, wenn man sich die Konsequenzen dieser grundsätzlichen Meinungsänderung der Militärregierung in rechtlicher Hinsicht überlegte, so könne man eigentlich sagen, daß die seitherige Umkehrung der Beweislast wieder auf die Grundsätze der normalen Strafjustiz zurückgedreht wurde, nämlich daß die Beweispflicht dem öffentlichen Kläger obliege. Formalbelastungen allein stellen also in Zukunft keinen Grund mehr dar, eine andere Eingruppierung denn als Mitläufer vorzunehmen. Diese Meinungsänderung sei außerordentlich einschneidend. Da jedoch das Gesetz in keiner Weise geändert wurde, sei es nun also Sache der öffentlichen Kläger, nach ihrem Ermessen zu entscheiden, wann sie Klage erheben wollen, bzw. wann sie einen Antrag auf Sühnebescheid zu stellen gedenken. Lediglich in bezug auf Klasse 1 des Anhangs zum Gesetz und die unter den beiden Punkten genannten Personengruppen sei der Kläger in Zukunft nochgebunden. Es werde nun Sache der Befreiungsministerien sein, an ihre Kläger und Vorsitzenden entsprechende Weisungen herauszugeben, aber nicht nur an die Kläger und Vorsitzenden, sondern insbesondere auch an ihre Kassationsabteilungen, Gnadeabteilungen usw. Die Vertreter von OMGUS hätten darauf hingewiesen, daß diese neuen Richtlinien deshalb gegeben worden seien, weil die Entnazifizierung bis 30. 6. 1948 abgeschlossen sein müsse. Dementsprechend wurde von dem Vertreter des OMGUS die in den Ländern mehr oder weniger klar gegebenen Anweisungen an die Befreiungsministerien voll und ganz bestätigt und belastende, im Urteil zu erläuternde Tatbestände als einzige Grundlage für eine erforderliche Einreihung in die Gruppe 2 oder 3 bezeichnet.

Darauf gab Prof. Dr. Preller einen Überblick über die Arbeiten im Ausschuß für Kriegsgefangenenfragen im Länderrat. Der parlamentarische Rat stimmte den Anträgen zu, wonach die amerikanische Militärregierung gebeten werden soll, sich bei der französischen und englischen Regierung zu verwenden, Bücher aus Bibliotheken aufgelöster Kriegsgefangenenlager deutschen Stellen zur Verfügung zu stellen. Ferner soll der Länderrat die amerikanische Militärregierung veranlassen, bei der britischen und französischen Militärregierung zu erwirken, daß Mitglieder des Ausschusses für Kriegsgefangenenfragen beim Länderrat

Fortsetzung auf Seite 2

Kurz beleuchtet

Der Generalstreik in Württemberg-Baden, der zeitlich mit einem Teilstreik in der britischen Zone zusammenfiel, ist beendet. Wenn er sich auch gegen den „ungleich gedeckten Tisch" wandte, gegen Schieberei, ungerechte Verteilung, Versagen deutscher Regierungsstellen und für verstärkte Auslandshilfe plädierte, so war sich doch jeder Streikende darüber klar, daß nicht von heute auf morgen der Tisch besser und gerecht gedeckt sein könne. Ein Streik in Deutschland konnte nur bedeuten, die Stimme erheben aus tiefster Not. Damit es anders werde, damit eines Tages eine Verbesserung der Lage zu verzeichnen sei. Deshalb diese dringliche Mahnung an die deutsche Verwaltung, größere Tatkraft zu entfalten, deshalb der Appell an die Besatzungsmacht. Daß man im Landtag, der gestern bei der Karlsruher Kundgebung auch von Gewerkschaftseite Kritik erfuhr, wieder kritikempfindlich auf Presse und Rundfunk reagierte, wirkt nicht sonderlich ermutigend. Deprimieren muß auch, daß der Alliierte Kontrollrat erneut die Diskussion über die Währungsreform vertagte, weil es zu keiner Einigung kam, und daß Außenminister Marshall Mühe hat, seinen Europa-Hilfsplan ungekürzt durch den Sturm des Kongresses zu bringen. Hoffen wir, daß der Streik bei den Verantwortlichen als SOS-Signal verstanden worden ist und daß er rasch die Taten veranlaßt, auf die das Volk in Not zu lange schon wartet. G. W.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Jahrg. Nr. 14 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Donnerstag, 5. II. 48.

Morgenthauplan und nachher

Es gab ein böses Bild von der Hand George Grosz'. In einem dichten Walde suchen ein paar in Fetzen steckende, mehr affen- als menschenähnliche Lebewesen nach Wurzeln oder Eicheln zur „Bereicherung" ihres Frühstückstischs. Die Unterschrift, an die ich mich nicht mehr genau erinnere, betraf Nachkriegsdeutschland. Man kann heute mit bedauerndem Achselzucken über diese Art Kriegspropaganda, der wir uns, leider, ebenso schuldig gemacht haben, hinweggehen.

Und es gab den Morgenthau-Plan, der die Vernichtung der deutschen Rüstungsindustrie, eine internationale Kontrolle über die westdeutsche Groß-Industrie (Ruhr und Rheinland) und die Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat vorsah. Morgenthau schreibt in seinen Memorien, daß er mit diesem Plan das Ziel verfolgt habe, eine Garantie dafür zu schaffen, daß Deutschland nie wieder in die Lage versetzt werden könne, einen Angriffskrieg vom Zaun zu brechen und damit Europa und die ganze Welt in ein Blutbad zu stürzen, das, wie wir jetzt wissen, das letztemal 34 Millionen Tote gekostet hat. Morgenthau schildert, daß er die Idee zu seinem Plan 1944 gefaßt habe, nachdem er die Überzeugung gewonnen habe, daß es am besten sei, Deutschland in einen Agrarstaat umzuwandeln, und zwar im Interesse des Friedens wie in dem der Bewohner Deutschlands selbst.

Bei der im September 1944 in Quebec zwischen Roosevelt und Churchill stattgefundenen Unterredung, bei der Morgenthau seinen Plan vortrug, wurde nach mehrtägigen Verhandlungen folgendes Memorandum ausgearbeitet:

„Im Verlauf einer Besprechung zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem britischen Premierminister über die beste Methode, eine neue Bewaffnung Deutschlands zu verhindern, erschien die Beratung über das künftige Schicksal der Ruhr und der Saar als die wichtigste Frage. Eine bittere Erfahrung hat uns gezeigt, mit welcher Leichtigkeit die metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien Deutschlands von Friedensindustrien in Kriegsindustrien umgewandelt werden können. Es ist ebenfalls notwendig, daran zu erinnern, daß die Deutschen einen großen Teil der russischen Industrien und der Industrien anderer alliierten Nachbarstaaten Deutschlands verheert haben, und daß es nur recht und billig ist, diesen geschädigten Ländern das Recht zu gewähren, von denjenigen deutschen Industrieausrüstungen Besitz zu nehmen, die sie zum Ausgleich ihrer Verluste benötigen. Die in diese Kategorie fallenden Industrien der Ruhr und der Saar müßten also notwendigerweise stillgelegt und abgebaut werden. Es erschien notwendig, die beiden genannten Gebiete unter die Kontrolle eines internationalen Ausschusses zu stellen, der den Abbau ihrer Industrien zu beaufsichtigen und darüber zu wachen hätte, daß sie auch in keiner noch so versteckten Form wieder in Gang gesetzt werden können. Dieses Programm der Auflösung der Kriegsindustrie des Ruhrgebiets und der Saar wurde im Hinblick auf eine Umwandlung abgefaßt, welche darauf abzielt, aus Deutschland ein Land zu machen, dessen Charakter hauptsächlich durch Ackerbau und Viehzucht bestimmt ist. Der Premierminister und der Präsident waren sich über dieses Programm völlig einig."

Die Annahme, daß der Morgenthau-Plan bis jetzt in der Besetzungspolitik gegenüber Westdeutschland eine gewisse Rolle gespielt hat, wird bestärkt durch die Tatsache, daß das US-Kriegsministerium damals Direktiven über die nach der Kapitulation Deutschlands zu verfolgende Politik ausarbeitete, die sich eng an Morgenthaus Vorschläge hielten.

Bild und Plan stellen, obwohl sie natürlich nichts miteinander zu tun haben, zwei Entwicklungsstufen bei der Lösung der deutschen Frage dar: Propaganda und Versuch. Dabei ist letzterem wenigstens der Wille, zu einer menschenwürdigen Lösung zu kommen, nicht abzusprechen. Freilich war Voraussetzung für seine Durchführung eine einheitliche Besatzungspolitik der vier Großmächte gegenüber Deutschland, freilich war Voraussetzung eine andere Lösung des Flüchtlingsproblems.

Aber Bild und Plan gehören der Geschichte an. Seit der Erklärung Präsident Trumans über die Einbeziehung Westdeutschlands in das Europa-Wiederaufbau-Programm und der Rede Außenminister Bevins über die Errichtung eines westeuropäischen Blocks mit der Reorganisation Westdeutschlands ist die dritte Stufe der Entwicklung erreicht. Das ist kein Akt des Vergebens und Vergessens, sondern einfach einer der politischen Berechnung.

Da, wie der Berater im amerikanischen Außenministerium, Dulles, neulich feststellte, Amerikaner und Engländer die westdeutsche Regierung darstellen, da weiter Amerika und England die wesentlichen Pfeiler der Atlantik-Gemeinschaft bilden, und England Initiator des Westeuropa-Blocks ist, ergibt sich die Einbeziehung Westdeutschlands zwangsläufig. Eine Nichtanerkennung dieses Zwangs durch die anglo-amerikanischen Mächte käme einem Verzicht auf einen nicht unwichtigen Bestandteil ihres Einflußgebietes gleich. Und dies geschähe in einer politischen Situation, in der es sich darum handeln muß, durch eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung in Westeuropa eine wirksame Entgegnung auf den Versuch zu finden, auch Resteuropa in die sowjetische Einflußsphäre einzubeziehen. Diese „Notgemeinschaft", deren Kern Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten bilden, kann jene geschichtlich längst überholte wirtschaftliche und politische Isolierung der europäischen Nationen aufheben, unter deren Folgen die Völker Europas so unsagbar gelitten haben. In dieser neuen Gemeinschaft, deren Bildung natürlich Zeit beanspruchen wird, können Fehler und Irrtümer, begangen auf beiden Seiten des Rheines und Kanals, berichtigt werden und kann statt dessen ein neues Bewußtsein von der europäischen Gemeinsamkeit entstehen.

H. B.

Die Bürgermeisterwahlen

Am letzten Sonntag wurde das am 7. Dezember mit der Wahl der Gemeinderäte begonnene Werk der Neubestellung der kommunalen Behörden in unserem Land Nordbaden mit der Wahl der Bürgermeister in allen Gemeinden, den Großstädten und kleinen Dörfern, bis auf die noch fällig gewordenen Stichwahlen zum Abschluß gebracht. In mehr als 450 Orten von der Demarkationslinie südlich Karlsruhe bis zur bayerischen Grenze wirbelten die Stimmzettel in die Wahlurnen, aus denen für sechs Jahre die neuen führenden Männer der Kommunen Nordbadens hervorgehen sollten.

Das parteipolitische Ergebnis mit ca. 180 parteilosen Gemeindeoberhäuptern, 151 CDU-Bürgermeistern, 59 von der SPD, einer kleineren Anzahl der DVP und 79 Stichwahlen zeigt eine Bestätigung der Gemeindewahlen vom 7. Dezember mit einem Vorrücken der SPD, einer Verminderung des Einflusses der CDU auf den Rathäusern und eine Unterstreichung der Linie der parteilosen Bürgermeister, unter denen sich noch eine Reihe Anhänger des CDU-Gedankens befinden dürften.

Damit sind zahlreiche neue Mandatare in die Spitzen der Gemeinden eingerückt und haben die bisherigen Männer, die sich in der schweren Verantwortung — man darf insbesondere an das Flüchtlingsproblem denken — politisch abgenützt haben, abgelöst. Man könnte also von einer durchaus normalen demokratischen Entwicklung, wie sie insbesondere in England seit vielen Jahrzehnten üblich ist, sprechen, wenn nicht in einer ganzen Anzahl von Gemeinden bewährte alte Bürgermeister sich — manchmal allerdings nach einem erbitterten Wahlkampf — wieder aufs Neue bestätigt gefunden hätten. Auch da gibt es naturgemäß wieder Ausnahmen, so daß sich eine allgemein gültige Regel nicht ohne weiteres aufstellen läßt, insbesondere für die größeren Städte und Großstädte, wo die parteipolitischen Linien schon stärker herausgearbeitet sind und dem Glanz der Persönlichkeit eine wesentlich geringere Ausstrahlungskraft innewohnt wie in den mittleren und kleineren Gemeinden, in denen die kommunalen Angelegenheiten und die Tätigkeit des Gemeindeoberhauptes leichter zu übersehen sind.

Im allgemeinen hat sich die durch das neue Gemeindewahlrecht eingeführte Volkswahl der Bürgermeister durchaus bewährt. In allen Gemeinden, in denen zwei oder mehr Kandidaten aufgestellt waren, hat sich das politische Interesse am personellen Aufbau der Kommunen durch eine zum Teil außerordentlich starke Wahlbeteiligung kundgetan. Daß dabei die großen Städte mit einer nur durchschnittlichen 60prozentigen Wahlbeteiligung — Karlsruhe mit nur einem Kandidaten bildet dabei eine Ausnahme — im Rückstand blieben, rührt wohl von der weniger innigen seelischen Verbindung des Einzelnen mit dem Schicksal seiner Gemeinde und von der stärkeren sozialen Entwurzelung ihrer großen Wählermassen her. In einer großen Anzahl mittlerer und kleinerer Gemeinden war die Wahlbeteiligung auf 80 bis 90, zum Teil 92 Prozent gestiegen, wohl eine treffliche Unterstreichung des Gedankens der Persönlichkeitswahl, denn als solche haben sich die am Sonntag getätigten Bürgermeisterwahlen auf Grund des neuen Gemeindewahlrechts in aller Form erwiesen.

Es wäre deshalb ein politischer Trugschluß, wollte man das Resultat des letzten Wahlgangs nur aus dem parteipolitischen Sehwinkel heraus beurteilen. Hier schwangen viel zu stark die Wesenseigenschaften der Persönlichkeit der Kandidaten, die Tradition und andere Imponderabilien mit, als daß sich das vorliegende Ergebnis ins Prokrustesbett der üblichen politischen Betrachtung pressen ließe. Sicherlich haben zum ersten Male die in den Gemeinden seßhaft gewordenen Neubürger einen mitbestimmenden Einfluß ausgeübt. Sie haben sich größtenteils in die üblichen Parteigliederungen eingefügt und im Grunde genommen mehr denen ihre Stimme gegeben, die zur Verantwortung drängten, als jenen, die bisher in der Verantwortung standen und die gerade ihretwegen seitens der Altbürger einer meist ungerechtfertigten Kritik ausgesetzt waren.

Die Erfahrungen dieser Wahl werden jede Partei veranlassen müssen, für einen an persönlicher Qualität ausgezeichneten Nachwuchs peinlichst Sorge zu tragen, denn die durch die beiden Weltkriege verursachten Ausfälle des männlichen Nachwuchses sind doch bei der Besetzung der kommunalen Ehrenämter stark in die Erscheinung getreten. Darüber hinaus wird der Inhalt der Gemeindepolitik von denen, die bestehen wollen, nach den Grundsätzen einer unbestechlichen sozialen Gerechtigkeit ausgerichtet sein müssen.

Draußen in den kleinen und größeren Gemeinden des Landes sind jetzt vor den Häusern der Bürgermeister die großen Bäume gesetzt, hat die Bevölkerung in einem in die örtlichen Vereine wohlgegliederten Demonstrationszug dem neuen Gemeindeoberhaupt ihre Ovation in feierlicher Form dargebracht, in den Städten gehts einfacher und traditionsloser zu, aber nirgendwo ist Grund zum Jubilieren. Die bisherigen und jetzt bestätigten Gemeindevorsteher wissen um die Schwere ihrer Aufgabe, die Neuen werden nur allzubald die Dornenkrone ihres Amtes zu spüren bekommen.

W. B.

Verbandstoff fehlt

Die Vollversammlung des Württbg.-Bad. Städteverbandes hat am 28. Januar 1948 in Stuttgart folgende Entschließung gefaßt: „Der Württembergisch-Badische Städteverband verfolgt mit zunehmender Sorge die sich immer schwieriger gestaltende Versorgungslage der kommunalen Krankenanstalten mit Verbandstoff und Verbandwatte. Die Firma Paul Hartmann A.G. Heidenheim, die rund Dreiviertel des Bedarfs in der gesamten US-Zone deckt, hat dieser Tage von ihrer Stillegung berichtet. Augenblicklich ist noch nicht abzusehen, bis wann sie ihren Betrieb wieder im notwendigsten Umfang aufnehmen kann. Außerdem erfordert der Produktionsprozeß selbst verhältnismäßig lange Zeit, so daß sich die Folgen dieser Verbandmittel-Katastrophe im Augenblick gar nicht absehen lassen.

Der Zusammenbruch der Erzeugung von Verbandstoff und Verbandwatte ist auf unzureichende Zuweisung von Rohstoffen und in Verbindung damit auf die unzulängliche Planungsorganisation der bizonalen und sonstigen mitverantwortlichen Dienststellen zurückzuführen. Man kann wichtige Operationen nicht mehr ausführen, wenn die nötigen Verbandmittel fehlen. Wer ein Bein bricht, kann einen Gipsverband nur erhalten, wenn das Material hierzu mitgebracht wird.

Die Oberbürgermeister (Bürgermeister), die sich für das gesundheitliche Wohlergehen ihrer Bürger unter den heute ohnehin so überaus erschwerten Lebensverhältnissen voll verantwortlich fühlen, vermögen diesen Dingen nicht mehr weiter zuzusehen, ohne die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten.

Der Städteverband wendet sich an alle verantwortlichen Stellen und ruft zu schnellster wirkungsvoller Hilfe durch Zuverfügungstellung ausreichender Mengen von Rohstoffen, Kohle usw. auf. Es ist allerhöchste Zeit!"

Die mißliche Ernährungslage in der Diskussion vor dem Landtag

Veit: „Württemberg-Baden kann Mißstände nicht allein beseitigen"

Stuttgart, 4. Febr. (Hue. Eig.-Ber.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der 63. Landtagssitzung verlas Präsident Keil ein Schreiben des Staatsministeriums, in dem die Annahme des Rücktrittsgesuchs von Minister Kamm bestätigt wird. Vorläufig wird W. Kuranski, der seitherige Stellvertreter von Minister Kamm für den Landesbezirk Baden das Ministerium leiten.

Landwirtschaftsminister Stooß gab dann einen ausführlichen Bericht über die Ernährungslage. Die Ungehaltenheit der Bevölkerung über die schlechte Ernährungslage kam in den Streikbewegungen und Protestkundgebungen zum Ausdruck und zeige zugleich die physische und psychische Erschöpfung unseres Volkes. Der gegenwärtige Rationssatz in Kalorien ausgedrückt betrage 1370. Wenn aber die vielerlei Zulagen mit in Betracht gezogen werden, kämen wir auf 1700 bis 1800 Kalorien. Die Kartoffelversorgung habe in den vergangenen Wochen Sorge gemacht. In Württemberg sei bis jetzt 85 Prozent, in Baden 71 Prozent der Gesamtaufbringungsmenge an Kartoffeln abgeliefert worden. Auf die Dauer seien die unterschiedlichen Durchführungen der Anordnungen, die für die Bizone erlassen worden seien, nicht tragbar. So führe Württemberg-Baden die Speckabgabe bei Hausschlachtungen durch. Dies müsse festgestellt werden, da in manchen Ländern wochenlang kein Fleisch und Fett ausgegeben worden sei und zu Unruhen geführt habe. Die Bevölkerung frage mit Recht, ob die Erfassung und Verteilung auch gerecht vonstatten gehe. Einzelne Mißstände werde es immer geben. Doch sei kein Grund zu einer Vertrauenskrise vorhanden. Die Zulage für Geistesarbeiter sei nicht mehr länger aufzuschieben. Der Minister sieht lediglich in der Milchablieferung und damit auch in der Fettversorgung noch begrenzte Verbesserungsmöglichkeiten. Für das Speisekammergesetz fehle ihm jedes Verständnis. Alle, auch die letzte Kraftanstrengung, das Ernährungsproblem mit eigener Kraft zu lösen, sei im Hinblick auf Württemberg-Baden nicht ausreichend. Wir seien auf beträchtliche Zufuhren von außen angewiesen. Der Minister betonte, daß vor allem ein Friedensvertrag notwendig sei, der uns wieder die Freiheit gebe, im eigenen Hause zu wirtschaften.

Abg. Bauser (CDU) forderte in einer großen Anfrage die Beseitigung wirtschaftlicher Mißstände, wie Kompensationen, Deputate, Warenhortung und Zurückhaltung, schwarzen und grauen Markt. Die bäuerliche Bevölkerung empöre sich darüber, daß zwar die notwendige Erfassung der Lebensmittel mit aller Schärfe vorgenommen werde, dagegen die gewerblichen Erzeugnisse von den Erzeugern und dem Handel zurückgehalten würde, ohne daß die Regierung eingreife.

Wirtschaftsminister Veit entgegnete auf diese Anfrage, die gerügten Mißstände seien so tief in der wirtschaftlichen Struktur begründet, daß sie nicht von Württemberg-Baden allein beseitigt werden könnten. Die Fraktion, die diese Anfrage gestellt hätte, solle ihren Vertreter im bizonalen Wirtschaftsrat damit beauftragen, dieses Problem einer bizonalen Regelung zu unterziehen. Die Erfassung beim Bauern würde nicht mit aller Schärfe durchgeführt werden, sonst könnten die Betriebe nicht durch Kompensationen für ihre Werkküchen sich Lebensmittel beschaffen. Soweit gewerbliche Erzeugnisse gemeldet würden, würde über sie auch hundertprozentig verfügt. Dazu hätte das Wirtschaftsministerium noch Prüfer, die gegen Warenhortungen einschreiten. Doch könnte die Produktion in keinem Fall ausreichen, sie sei nur ein Drittel gegenüber 1936. Dazu komme, daß über 600 000 Menschen mit zusätzlichen großen Bedürfnissen in unser Land hereingeströmt seien. Auch müßten Waren an den Bergbau abgegeben werden. Der Vorschlag, in gewissem Umfang Kompensationen und Sachwertprämien zu genehmigen, um dadurch eine Kontrolle zu erhalten, sei von der Militärregierung über ein Jahr nicht bestätigt worden. Württemberg-Baden könne von sich aus keine Gesetze erlassen, daß keine „schwarze" Kohle mehr ins Land komme, weil es dadurch andern Ländern gegenüber in der Produktion benachteiligt würde. Entweder müßten die Behörden die Augen schließen oder gesetzestreu Kompensationen verbieten und dadurch die württembergisch-badische Wirtschaft schädigen.

Die Protestaktion sei zu begrüßen gewesen, da die Bevölkerung dadurch zum Ausdruck gebracht hätte, daß sie trotz dreijährigen Bemühens am Ende ihrer Kraft sei. Erstaunlich sei nur die Ansicht der amerikanischen Militärregierung, daß sich der Streik nur gegen deutsche Regierungsstellen gerichtet hätte, denn die Wurzel des Übels und die Not könnten wir Deutschen nicht beseitigen. Es sei nicht deutsche Schuld, daß wir keine Zentralgewalt hätten, Gesetze wirklich durchzuführen. Der Kontrollrat sei nur ein ungenügender Ersatz für eine deutsche Regierung. Zum Schluß mahnte Wirtschaftsminister Veit die Presse und den Rundfunk, etwas maßvoller und objektiver in ihrer Kritik zu sein. Er sei jederzeit bereit, etwaige Mißstände zu besprechen und abzustellen.

Veränderte Entnazifizierung

Fortsetzung von Seite 1

die Erlaubnis erhalten, die deutschen Kriegsgefangenenlager im Ausland zu besuchen. Abg. Möller (SPD) Württemberg-Baden wünschte eine Erweiterung dieser Bitte auch auf die russischen Kriegsgefangenenlager. Ein weiterer Antrag geht dahin, den Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika zu bitten, im Kontrollrat dahin zu wirken, daß die alliierten Mächte, bei denen sich noch Kriegsgefangene befinden, über deren Rücksendung sowie über die in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Personen Angaben machen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, die Militärregierung zu bitten, sich für eine beschleunigte Heimführung der Kriegsgefangenen einzusetzen, deren seelischer und körperlicher Zustand besorgniserregend sei.

Kriegsgefangene in Polen

Karau Walter 13. 1. 10, Karbach Walter 18. 9. 19, Karbaum Heinz 31. 12. 24, Karbe Josef 2. 7. 28, Land Rudolf 14. 7. 21, Lensing Bernhard 5. 5. 26, Lenske Kurt 10. 7. 20, Maraun Richard 2. 1. 04, Marciniak Edmund 20. 8. 23, Marchner Lorenz 9. 8. 02, Marcolf Albert 29. 1. 01, Neumann Manfred 23. 11. 27, Neumann Max 17. 9. 99, Neumann Otto 11. 4. 10.

Fortsetzung folgt

Stimme der Parteien

Die Stimme der Parteien erscheint außer Verantwortung der Redaktion.

Die Oder-Neiße-Linie

Angesichts der derzeitigen Ernährungslage halten wir es nicht für unangebracht, dem Problem der Oder-Neiße-Linie eine Betrachtung zu widmen.

„Die Frage der deutschen Ostgrenze wurde auf der Potsdamer Konferenz geregelt und kann von den Deutschen nicht diskutiert werden. Der Verlust der deutschen Ostgebiete stellt die Rechnung dar, die Deutschland bezahlen muß, weil es Hitler folgte", sagte Otto Grotewohl in Bremen beim Volkskongreß. Wir halten uns an einen zuverlässigeren Gewährsmann, den früheren amerikanischen Außenminister James F. Byrnes. Er hat in seinem Buch „Offen gesagt" eine auf genauen stenographischen Notizen beruhende Darstellung dessen gegeben, was in Potsdam in dieser Frage erörtert und abgemacht worden ist. Wir entnehmen diesem folgende Darstellung:

„Bei unserer Ankunft in Potsdam hatten wir, was die polnisch-deutsche Grenze anlangte, vor einer vollendeten Tatsache gestanden. Vor Yalta waren die drei Mächte übereingekommen, Deutschland in vier Besatzungszonen aufzuteilen, und hatten in Absatz VI des Yalta-Protokolls deutlich erklärt, die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze der Friedenskonferenz zu überlassen. Obwohl das Protokoll kein Mißverständnis aufkommen lassen konnte, erfuhren wir noch vor unserer Abreise nach Deutschland, daß die Sowjets ohne vorherige Rücksprache mit England oder uns das gesamte deutsche Gebiet östlich der Neiße der polnischen Verwaltung übergeben hatten.

Präsident Truman und Premierminister Churchill forderten sofort eine Erklärung für dieses eigenmächtige Vorgehen, durch das praktisch eine weitere Zone geschaffen wurde.

Die Russen verteidigen sich damit, daß die Deutschen vor den russischen Armeen geflohen seien, und da irgendeine Regierung in diesem Gebiet bestehen müsse, wäre den Polen seine Verwaltung anvertraut worden. Stalin gab zu, daß keine der Mächte berechtigt sei, eine neue Zone zu schaffen, sagte jedoch, die Sowjetregierung müsse den Rücken der Roten Armee durch Ruhe und Ordnung gesichert wissen. Er gab weiter zu, daß die Polen aus diesem Gebiet zur Zeit große Mengen von Kohle ausführten, die unserer Ansicht nach jedenfalls als Teil der Reparationen angesehen werden müßten.

Der Präsident fragte, wie wir jemals die Reparationsfrage regeln sollten, „wenn ein Teil Deutschlands schon verschwunden ist, bevor wir uns überhaupt über die Reparationen geeinigt haben".

„Die westliche Grenzfrage steht noch offen", sagte Stalin, „und die Sowjetunion fühlt sich nicht gebunden".

Der Präsident fragte: „Wirklich nicht?" „Nein", antwortete Stalin.

Wir waren auch wegen der umfangreichen Umsiedlung der Bevölkerung besorgt, die aus dieser sowjetischen Maßnahme resultierte. Obwohl Stalin behauptete, nicht ein einziger Deutscher sei in den an Polen übergebenen Gebieten zurückgeblieben — Gebiete, die vor dem Krieg eine Bevölkerung von fast 9 Millionen hatten —, ergaben unsere Informationen, daß mindestens 2 Millionen Deutsche dort zurückgeblieben waren. Später gaben Vertreter der polnischen Regierung zu, daß noch etwa anderthalb Millionen Deutsche im Lande seien, behaupteten aber, der größte Teil davon werde das Gebiet freiwillig verlassen, falls es zu Polen komme.

Der polnische Präsident Bierut vertrat die Ansprüche seines Landes auf Ostdeutschland auf einer Sitzung der Außenminister am 24. Juli. Er betonte, daß Polen auch nach der Erfüllung seiner sämtlichen territorialen Ansprüche immer noch kleiner als vor dem Kriege sein werde, da es nach den Beschlüssen der Krimkonferenz 180 000 Quadratkilometer im Osten an Rußland abtreten müsse. Er fügte jedoch hinzu, daß das ostdeutsche Gebiet Polen jedenfalls eine gesündere Wirtschaft und eine gleichmäßigere Bevölkerung geben werde.

Churchill wies darauf hin, daß dieser von den Sowjets unterstützte Plan Deutschland fast eines Viertels seines nutzbaren Bodens gemäß den Grenzen von 1937 berauben würde. Dadurch würde nicht nur die deutsche Lebensmittelversorgung beschnitten, so betonte er, sondern mehr als eine Million Deutsche würden zwangsweise in die westlichen Zonen strömen und „ihre Münder mitbringen".

Während der Diskussion über die polnischen Ansprüche und die Frage der Anerkennung der polnischen Verwaltung dieses Gebiets während der Besetzung wiederholte der Präsident immer wieder, daß keine territorialen Veränderungen vor der Friedenskonferenz vorgenommen werden sollten. Insbesondere machten wir keine Versprechungen, daß wir auf der Friedenskonferenz eine bestimmte Linie als polnische Westgrenze befürworten würden.

Um Polen und der Sowjetunion keine Möglichkeit für die Behauptung zu geben, die Grenze sei festgelegt oder ein Versprechen gegeben worden, eine bestimmte Grenze zu befürworten, stellt das Berliner Protokoll ausdrücklich fest: „Die drei Regierungschefs bestätigen erneut ihre Ansicht, daß eine endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze bis zur Friedensregelung aufgeschoben werden soll".

Angesichts dieser Vorgänge ist es schwer, jemandem guten Willen zuzugestehen, der behauptet, die polnische Westgrenze sei auf der Konferenz festgelegt oder ein Versprechen über die Art der künftigen Grenzziehung gegeben worden."

DVP Karlsruhe Pressedienst.

Das freie Wort

Herr Julius Stieglitz, Karlsruhe, Gartenstraße 15, schreibt uns: Wir Schwerbeschädigte, politisch Verfolgte und Fliegergeschädigte nehmen fast täglich aus Zeitungsberichten zur Kenntnis, daß monatlich tausende und abertausende von Paketen mit Inhalt von Speisen, Kleidung und Wäsche aus verschiedenen Ländern des Auslandes eintreffen und zur Verteilung an obengenannte Bedürftige, an die Wohlfahrts- und Hilfwerksorganisationen weitergeleitet werden. Nun müssen hauptsächlich wir Schwerkriegsbeschädigte die Frage aufrollen: „Wo kommen die Sachen hin und wie werden sie verteilt"?, da wir so gut wie nichts davon erhalten.

Frau O. Brian, Karlsruhe, Kriegsstraße 105, schreibt uns: Es ist geradezu unglaublich, wie schnell die diesjährige reiche Obsternte verschwunden ist. Die Schuld daran liegt aber nicht bei den Bauern, denn die meisten Gemeinden haben ihr Soll abgeliefert, manche sogar noch mehr; die Abgabe von 25 bis 30 Pfund pro Baum war ja auch niedrig. Umso trauriger ist es daher, daß die meisten Familien an Weihnachten nicht einen einzigen Apfel hatten. Die Ausgabe von Bezugsscheinen über 50 Pfund Obst scheint eine Irreführung der Bevölkerung gewesen zu sein. Wenn auch die, die den amtlichen Zusagen nicht trauten, sich selbst Obst besorgten, so waren doch die Leidtragenden diejenigen, die nicht auf die Dörfer fahren konnten. Wie es möglich war, die vielen tausend Zentner auf den schwarzen Markt zu verschieben, darüber zerbricht sich halb Karlsruhe den Kopf. Quousque tandem Catilina!

Herr Dipl.-Ing. Wolf Brauns, Karlsruhe, Mozartstraße 8 schreibt uns: Bezugnehmend auf die Zuschrift von Herrn Fritz Kronenwett, Langensteinbach, möchte ich für die Unterschenkelamputierten eine viel ungerechter empfundene Benachteiligung hervorheben: „Durch die während des Krieges eingeführte Versehrtenstufen-Einteilung kommt der Unterschenkelamputierte (also auch sehr gehbehinderte) der Versehrtenstufe II nicht in den Genuß der Straßenbahnfreifahrt. Versehrte der Stufe III fahren aber auch ohne Gehbehinderung frei auf der Straßenbahn. Wenn die von 1933 bis 1944 eingeführten Vergünstigungen jetzt teilweise außer Kraft gesetzt wurden, dann könnte für die Straßenbahn der Zustand von vor 1933 wieder eingeführt werden und die Freifahrt auf der Straßenbahn von dem Grad der Gehbehinderung abhängig gemacht werden".

Frau H. Ring, Karlsruhe, Vorholzstr. 8, schreibt uns: Kurz vor Weihnachten wurde in den Zeitungen darauf hingewiesen, daß sich Hilfebedürftige, betreffs Amerikahilfe, an die Wohlfahrtsorganisationen wenden möchten, was eine hiesige totalgeschädigte Normalverbraucherfamilie veranlaßte, für ihr an Tbc erkranktes Kind am 12. 12. 1947 beim Roten Kreuz den Antrag um Zuweisung eines Teil-Care-Paketes zu stellen, unter Beifügung eines Attestes vom Gesundheitsamt. Anfang Januar, justament am Geburtstage des Kindes, erhielt die Familie vom Roten Kreuz einen abschlägigen Bescheid mit der Vertröstung „auf vielleicht später" und der Begründung, daß bereits eine Zuweisung erfolgte, die Ostern 1947 in einem Päckchen Bonbon überreicht wurde. Ich glaube vielen, ähnlich Bedürftigen, aus dem Herzen zu sprechen, wenn ich frage, welcher wirtschaftlichen und gesundheitlichen Voraussetzung bedarf es, um würdig zu sein einer solchen Gabe mit teilhaftig zu werden?

Die spitze Feder

Auf den Hund gekommen . . .

Auf die kleine Geschichte, die unter obigem Titel am 8. Nov. 1947 erschien, erhielten wir einen Brief der Landespolizeidirektion: „Der Vorgang — ein Hund war eingefangen und seines Haarkleides beraubt worden — hat sich vermutlich bei der Städt. Polizei Karlsruhe, auf keinen Fall aber bei der Hundeschule der Landespolizei in Durlach zugetragen. Ihrer Pressenotiz zufolge und durch die Bekanntgabe des Vorfalls im Rundfunk des Senders Stuttgart unter der Rubrik „Amtsschimmel" wurde in der Öffentlichkeit die Hundeschule der Landespolizei Durlach in ironischer Form dieser an sich seltsamen Angelegenheit bezichtigt. Der Leiter der Landespolizei-Hundeschule in Durlach — Pol.-Meister Ritter — mußte in Kreisen von Hundeliebhabern und Hundezüchtern deswegen wiederholt törichte Bemerkungen einstecken und wurde auch bei der Hundeausbildung von vorübergehenden Passanten mit den Worten angesprochen: „Ach, das ist der Mann, der die Hunde schert."

Wir bedauern den geschorenen Hund, die Verwechselung und die törichten Bemerkungen.

H. B.

IRO sucht Vermißte

Szloinski Stanislaw, Pole, geb. 1918; Szmitz Kazimierz, Pole, geb. 22. 9. 1901; Sznajder Zdzislaw, Pole, geboren 29. 4. 1927; Szopa Aleksander, geb. 12. 12. 1919, aus Mauthausen; Szostak Jozef, geb. 1. 9. 1916, aus Dachau; Szpakowski Bronislaw, Pole, geb. 17. 8. 1915, aus Lübeck.

Interessantes in Kürze

Eulen auf Pump. 48 Aluminiumeulen wurden lt. dpd als Vogelscheuchen gegen Sperlingsplage in den Straßenbäumen einer Vorstadt von Milwaukee aufgestellt. Die Spatzen überfielen daraufhin einen anderen Vorort, der nunmehr um leihweise Überlassung der Eulen gebeten hat.

Pharaos Goldstadt. Eine altägyptische Stadt aus der Zeit zwischen 1296 und 1080 vor Christi, von der aus Goldminen in der nahegelegenen Wüste erschlossen werden sollten, wurde lt. AP jetzt von einer Expedition der Londoner Gesellschaft zur Erforschung Ägyptens auf einer Insel im mittleren Nil entdeckt.

Auch eine Suchanzeige. Die Geschäftsleute, die sich mit der Beschaffung von seltenen Tieren für Filmaufnahmen befassen, suchen, lt. AP, zur Zeit einen dressierten Schmetterling, der in einer Szene des Films „a womans vengsance" („Die Rache einer Frau") mit Charles Boyer und Ann Blyth in den Titelrollen gebraucht wird.

Die Spezialisten der Universal-Filmgesellschaft erklären, der Schmetterling müsse so abgerichtet sein, daß er auf ein gegebenes Zeichen bei einer Flugstrecke von etwa 100 m dreimal eine „Zwischenlandung" macht. Wer einen entsprechenden Falter mit einer Spannweite von mindestens neun cm besorgen könne, erhalte von dem Atelier ein sehr hohes Honorar.

Ehe-Klinik. In England gibt es lt. PD seit einigen Jahren sogenannte Eheklinken, in denen sich unglücklich Verheiratete kostenlos aufhalten können. Sie werden hier von einem Arzt, einer Fürsorgerin, einem Geistlichen, einem Advokaten und einem Psychiater betreut, die die sogenannten Kurse für Eheglück abhalten. Es soll auf diese Weise gelungen sein, eine ganze Reihe Ehen wieder zusammenzuleimen. Nach den neuesten Nachrichten soll nun diese Ehe-Klinik auch in Amerika und Rußland, ferner in der russischen Zone eingerichtet werden.

Schwarzmarkt offiziell. Die sächsische Landesregierung hat vor einiger Zeit lt. PD 12 große Kisten mit Damenstrümpfen nach Berlin geschickt, um sie dort gegen Platin einzutauschen. Da die Berliner Schwarzhändler über kein Platin verfügten, wurden schließlich je 2 Paar Strümpfe gegen 1 g Gold an Schwarzhändler abgegeben. Die sächsische Landesregierung will das auf diese Weise erworbene Gold angeblich zum Einkauf von Rohmaterialien verwenden.

HB-Jugend. Der Münchener Hofbräu-Keller wurde lt. PD von den Amerikanern der Münchener Jugend als Jugendheim übergeben. Wenn da nur nicht durch die neue Tünche sehr bald der alte Biergeruch und die weißblaue Tradition wieder hindurchkommen: „Gsuffa!"

Die Memoiren Mikolajczyks

Welt-Copyright King Features Syndicate, New York. — (Unberechtigter Nachdruck verboten.) Dena.

(Fortsetzung)

Ich fragte ihn, was England nach Ansicht der Roten Armee im Falle dieser Eroberung des Kontinents tun werde. Er lachte. „England wird in diesem Kriege neutral bleiben. Die Engländer wissen, daß wir in der Entwicklung der fliegenden Bomben, die wir in Deutschland erobert haben, ungeheure Fortschritte erzielt haben. Sie wissen auch, welche Leiden sie durch die Anwendung der unentwickelten deutschen V-Waffen erlitten haben, und es ist den Engländern bekannt, daß sie darum einen Krieg gegen uns nicht überleben werden."

„Und die Vereinigten Staaten?", fragte ich ihn.

„Wir werden auf friedlichem Wege versuchen, mit ihnen zu verhandeln, wahrscheinlich aber werden die Vereinigten Staaten ablehnen und uns den Krieg erklären. Aber was kümmert das uns. Die Küsten des gesamten Kontinents sind in unserer Hand. Amerika ist unvorbereitet, und die Kriegserklärung wird daher für eine lange Zeit nutzlos sein — in dieser Zeit werden sie ihre Streitkräfte aufbauen und Mittel ersinnen, wie sie ihre Leute und Kriegsausrüstung ohne die Hilfe von Stützpunkten, wie England und Irland sie im zweiten Weltkrieg darstellten, zum Kontinent zu bringen. In der Zwischenzeit festigen wir unsere Eroberungen. Das aber liegt in der fernen Zukunft ... wie fern kann ich nicht voraussagen. Wenn Sie wissen wollen, was Rußland in bezug auf die Verfolgung seines Herrschaftsplanes tut, dann brauchen Sie nur auf Polen zu schauen."

Ich will jetzt nur die wichtigsten Punkte streifen, alle Freiheitsliebenden in der Welt warnen, und die Tragödie eines Volkes enthüllen, das im zweiten Weltkrieg 6 265 800 Tote zu beklagen hatte. Aber selbst diese Opfer würde mein Volk als geringfügig erachten, wenn man nur die elementarsten Nachkriegsversprechungen erfüllt hätte.

Ich will im Namen der Menschlichkeit gewiß nicht für einen Krieg gegen Rußland plädieren. Wir brauchen keine weite

Friedrich Töpper auf sechs Jahre gewählt

Bei nur 26,5 Prozent Wahlbeteiligung mit 25 159 Stimmen

Es ist gar nicht so einfach mit der Handhabung der demokratischen Einrichtungen. Da wir uns noch in der Anlernzeit befinden und offenbar noch sehr lange darin verharren müssen, ist jederzeit eine kleinere oder größere Panne zwar denkbar, aber nicht immer zu entschuldigen.

Das haben wir zu Beginn des Winters, als wir unseren Stadtrat in Karlsruhe bestellten, in praxi erlebt. Die Öffentlichkeit macht sich über die einer solchen für die Gemeinde nicht unwichtigen Aktion vorausgehenden Mühen nicht immer das richtige Bild. Die Schwierigkeiten beginnen schon bei der durch die Parteien vorzunehmenden Auswahl der Kandidaten. Zahlreiche Sitzungen und Versammlungen sind notwendig, bis die 48 ehrenwerten Bürger und Bürgerinnen auf dem Wahlzettel stehen. Durch das neue Wahlrecht hatte das Wählervolk die Möglichkeit, durch Panaschieren und Kumulieren eine Berichtigung vorzunehmen. Davon wurde auch in Karlsruhe ausgiebig Gebrauch gemacht. Vorher aber kommt der Wahlkampf, in dem die Probleme von allen möglichen Seiten beleuchtet, aber keineswegs bewältigt werden können, da auf kommunaler Basis eine Lösung für das was unser Volk erwartet, nie gefunden werden kann. So gingen 55 Proz. unserer Bürger zur Wahl und wählten von den mehr als 150 präsentierten Kandidaten die ihnen Passenden aus, während die anderen 45 Proz. uninteressiert oder mit einer ganzen Skala negativer Gefühle im lauteren Herzen zu Hause blieben.

Am letzten Sonntag war nun das Volk von Karlsruhe zur Bestellung des Gemeindeoberhauptes aufgerufen. In der Zeit zwischen Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahl hatte sich die Versorgungslage wesentlich verschlimmert. War sie schon bisher ungemein schwierig, und die Hausfrauen in die prekäre Lage versetzt, mit allzuwenig den hungrigen Mägen ihrer Angehörigen ein unzureichendes Essen vorzusetzen, so wurden sie jetzt vor die unerbittliche Tatsache gestellt, nahezu ohne Fett eine Aufgabe zu bewältigen, für die noch kein Mensch in der Welt eine Lösung gezeigt hat.

Das hat nicht wenig dazu beigetragen, den heute schon in weitem Umfange vorhandenen Indifferentismus und die Lethargie allem Politischen gegenüber wesentlich zu vertiefen und die Klarheit des Blicks für das in der Stadt Karlsruhe Geleistete zu trüben. Noch ist die Fähigkeit des deutschen Menschen, im politischen Leben zu differenzieren, die Tatbestände aufzugliedern und nach ihrer Bedeutung zu ordnen, Ursache und Wirkung klar abzuschätzen, nach der zwölfjährigen Seelenmassage des 3. Reiches nicht allzu stark entwickelt. Daß wir in Karlsruhe mit die besten Sicherheitsverhältnisse in ganz Deutschland haben, die beste Straßenbahn, die besten Voraussetzungen für den Wiederaufbau durch eine überall anerkannte Trümmerbeseitigung schufen, daß wir die Krankenanstalten wieder vorbildlich aufbauten, eine den Verhältnissen nach ordentliche Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung in Gang setzten, manches an finanzieller und wirtschaftlicher Planung einleiteten, was erst in der Stunde der Währungsreform als erfolgreich sichtbar zu werden vermag, und daß vieles andere in eine zureichende Ordnung gebracht wurde, alles das tritt offenbar angesichts der sich verschärfenden Ernährungskrise in den Hintergrund, und trotzdem sind die kommunalen Leistungen nicht Selbstverständlichkeiten, sondern bedürfen der fortlaufenden Impulse und einer nie erlahmenden Aktivität unter der Verantwortung dessen, der an der Spitze der Gemeinde steht.

Dazu kommt noch die Tatsache, daß in Karlsruhe nur ein einziger Kandidat in der Person des Oberbürermeisters Töpper zur Wahl stand. Damit hat die Wahlhandlung im Grunde genommen des demokratischen Elements der Auswahl entbehrt. Sie wurde mangels dieser Auswahlmöglichkeit zu einer einfachen Bestätigung des einen Wahlvorschlags, und nicht wenige werden der Wahlhandlung mit der Begründung ferngeblieben sein: „Der wird ja sowieso gewählt, da brauche ich garnicht mitzumachen". Ganz ohne Zweifel — das zeigen die Beispiele aus der Nachbarschaft und im ganzen Lande — wäre beim Vorhandensein eines Gegenkandidaten die Wahlbeteiligung eine wesentlich größere geworden, da dann durch das Gegengewicht einer zweiten Front, die dieses Mal nicht vorhanden war, auf beiden Seiten neue Wählermassen mobilisiert worden wären.

So aber hat für viele der Anreiz der inneren Entscheidung gefehlt. Es war keine Frontstellung möglich, und bei manchem muß, wenn er sich für etwas aussprechen soll, auch ein Contra vorhanden sein. Es war

Oberbürgermeister F. Töpper
(Foto: Bauer)

damit nur eine Abstimmung gegeben mit einem schon von vornherein feststehenden Resultat. Dies und das vollkommene Ausbleiben eines auch den Uninteressierten aufrüttelnden Wahlkampfes haben, was auch sonst noch an untergeordneten Beweggründen für die politische Abstinenz eines beträchtlichen Teils der Karlsruher angeführt werden mag, zu der beschämend-bescheidenen Wahlbeteiligung von nur 26 Prozent geführt. W. B.

Die Bürgermeisterwahlen im Landkreis

19 Bürgermeister wiedergewählt — 28 Bürgermeister neugewählt
In 11 Gemeinden Stichwahl notwendig

In 11 der 58 Gemeinden des Landkreises Karlsruhe, die am 1. 2. 1948 ihre Bürgermeister zu wählen hatten, ist die Wahl ohne Ergebnis verlaufen, da keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit erhielt, d. h. mindestens eine Stimme mehr als alle übrigen Bewerber zusammen. In Blankenloch, Flehingen, Forchheim, Kleinsteinbach, Linkenheim, Malsch, Neureut, Schielberg, Söllingen, Staffort und Wössingen wird eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen stattfinden.

In 19 Gemeinden wurden die bisherigen Bürgermeister wiedergewählt. Davon gehören 6 der CDU an (Bretten, Etzenrot, Friedrichstal, Mörsch, Reichenbach, Sulzbach), 7 zählen zur SPD (Berghausen, Gölshausen, Grünwettersbach, Hohenwettersbach, Ruit, Schluttenbach, Wolfartsweier), 6 wiedergewählte Bürgermeister bezeichnen sich als parteilos (Burbach, Leopoldshafen, Palmbach, Rußheim, Spöck, Sprantal).

Von den 28 neugewählten Bürgermeistern zählen 6 zur CDU: Auerbach, Dürrenbüchig, Mutscheilbach, Rinklingen, Schöllbronn, Spessart, 9 zur SPD: Busenbach, Ettlingen, Grötzingen, Jöhlingen, Langensteinbach, Liedolsheim, Neuburgweier, Oberweier, Weingarten, 2 zur DVP: Eggenstein, Graben, 11 neugewählte Bürgermeister bezeichnen sich als parteilos: Bauerbach, Bruchhausen, Büchig, Diedelsheim, Ettlingenweier, Hochstetten, Pfaffenrot, Spielberg, Stupferich, Völkersbach, Wöschbach.

Wohl der härteste Wahlkampf wurde in Ettlingen ausgefochten, wo der bisherige Bürgermeister Th. Kaufmann (CDU) mit 3449 gegen 4176 Stimmen seines Rivalen H. Rimmelspacher (SPD) unterlag. Für letzteren hatten sich SPD, DVP und KPD eingesetzt. Diese drei Parteien hatten zusammen bereits bei den Kommunalwahlen am 7. 12. 1947 eine Mehrheit von mehreren hundert Stimmen gegenüber der CDU, so daß eine Wiederwahl von Bürgermeister Kaufmann von vornherein stark gefährdet war.

Von den am 1. 2. gewählten 47 Bürgermeistern stellen die Parteilosen das größte Kontingent (17). An zweiter Stelle liegt die SPD mit 16, an dritter Stelle steht die CDU mit 12, den Schluß bildet die DVP mit 2 Bürgermeistern. L. A.

Wie wurde in den Stadtteilen gewählt?

Östl. Innenstadt (Stimmbezirk 1—5): Wahlberechtigte 5396, Abgegebene Stimmen 1342, F. Töpper 1123, Ungültige und Sonstige 219
Westl. Innenstadt (6—10): Wahlb. 6852, Abg. St. 1432, Töpper 1225, Ung. u. Sonst. 207
Südstadt (11—19): Wahlb. 10 809, Abg. St. 2688, Töpper 2341, Ung. u. Sonst. 547
Südweststadt (20—29): Wahlb. 13 780, Abg. St. 3277, Töpper 2730, Ung. u. Sonst. 547
Weststadt (30—42): Wahlb. 16 347, Abg. St. 3930, Töpper 3282, Ung. u. Sonst. 658
Mühlburg (43—49): Wahlb. 8111, Abg. St. 2066, Töpper 1746, Ung. u. Sonst. 320
Oststadt (50—58): Wahlb. 11 459, Abg. St. 2959, Töpper 2426, Ung. u. Sonst. 533
Grünwinkel (59—60): Wahlb. 2372, Abg. St. 611, Töpper 511, Ung. u. Sonst. 100
Daxlanden (61—64): Wahlb. 4020, Abg. St. 1336, Töpper 1216, Ung. u. Sonst. 120
Knielingen (65—67): Wahlb. 2386, Abg. St. 670, Töpper 570, Ung. u. Sonst. 100
Beiertheim und Bulach (68—71): Wahlb. 3931, Abg. St. 1059, Töpper 864, Ung. u. Sonst. 195
Weiherfeld u. Dammerstock (72—74): Wahlb. 2503, Abg. St. 940, Töpper 775, Ung. und Sonst. 165
Rüppurr (75—79): Wahlb. 5255, Abg. St. 1651, Töpper 1386, Ung. u. Sonst. 265
Rintheim (80: Wahlb. 1082, Abg. St. 470, Töpper 429, Ung. u. Sonst. 41
Hagsfeld (81—82): Wahlb. 1466, Abg. St. 636, Töpper 532, Ung. u. Sonst. 86
Durlach u. Aue (83—94): Wahlb. 13 701, Abg. S. 3815, Töpper 3318, Ung. u. Sonst. 497
Städt. Krankenhaus (95—95a): Wahlb. 294, Abg. St. 294, Töpper 263, Ung. u. Sonst. 31
Neues Vinzentiushaus (96): Wahlb. 99, Abg. St. 99, Töpper 87, Ung. u. Sonst. 12
Altes Vinzentiushaus (97): Wahlb. 63, Abg. St. 63, Töpper 62, Ung. u. Sonst. 1
Diak. Rüppurr (98): Wahlb. 63, Abg. St. 63, Töpper 49, Ung. u. Sonst. 14
Diak. Sofienstr. (99): Wahlb. 50 Abg. St. 50, Töpper 43, Ung. u. Sonst. 7
Dr. Wagner- u. Hautklinik (100): Wahlb. 73, Abg. St. 73, Töpper 67, Ung. u. Sonst. 6
Berckholzstift (101): Wahlb. 59, Abg. St. 59, Töpper 56, Ung. u. Sonst. 3
Landesfrauenklinik u. Priv.-Kl. Stich (102): Wahlb. 19, Abg. St. 19, Töpper 19, Ung. u. Sonst. 0
Bahnhof (103): Wahlb. 24, Abg. St. 24, Töpper 19, Ung. u. Sonst. 5.

Von insgesamt 112 566 Wahlberechtigten haben nur 29 828 abgestimmt (26,48 Prozent). Davon waren 25 533 Stimmen gültig (85,61 Prozent), 4295 ungültig (14,39 Prozent). Von den gültigen Stimmen entfielen 25 159 (98,53 Prozent) auf den einzigen Wahlvorschlag (Oberbürgermeister F. Töpper), 374 Stimmen (1,47 Prozent) zersplitterten sich. Stimmscheine wurden 1621 ausgegeben. 799 Wahlberechtigte haben damit abgestimmt, 822 Stimmscheininhaber wählten nicht.

Betretet keine Hausruinen!

In zunehmendem Maße häufen sich die Unfälle durch unberechtigtes Betreten der geräumten und noch nicht geräumten Anwesen, weshalb der Oberbürgermeister folgende eindringliche Warnung erläßt: Gemäß meiner Anordnung vom 25. 10. 1946 ist besonders auch aus diesem Grunde das Betreten von Ruinen jeder Art ohne Ausweis des Tiefbauamtes verboten und unter Strafe gestellt. Die Stadtverwaltung und die Hausbesitzer müssen jede Haftung für die Folgen von solchen unberechtigtem Betreten von Ruinen ablehnen. Ich warne nochmals die gesamte Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse vor dem Betreten der Ruinen, da dieses immer mit Gefahren für Leib und Leben verbunden ist. Leider fehlen zur Zeit alle Möglichkeiten, diese Deckeneinbrüche und sonstigen Schäden in den Ruinen zu beheben. Bedauerlich ist, daß die im Interesse der Allgemeinheit bereits ausgeführten Sicherungseinfassungen von verantwortungslosen Elementen zerstört oder gestohlen werden. Es stehen mir deshalb leider keine anderen Mittel zur Verfügung als diese öffentliche Warnung.

KURZE STADTNOTIZEN

Die öffentliche Stadtratssitzung am Freitag, 6. Februar, 15.30 Uhr, findet im Saale der Oberpostdirektion, Ettlinger-Tor-Platz, statt.

Brikettsonderzuteilung. Ab Montag, 9. Februar 1948 werden durch die Zweigstellen des Städt. Wirtschaftsamtes bei den Bezirksstellen an Personen über 70 Jahre Bezugsberechtigungsscheine über 1 Zentner Brikett ausgegeben. Die Ausgabe der Scheine erfolgt buchstabenweise und zwar (vom Montag bis Freitag von 8.30 Uhr bis 13 Uhr) Montag A—E, Dienstag F—J, Mittwoch K—O, Donnerstag P—Sch, Freitag Sd—Z. (Samstag geschlossen). Die Abgabe der Bezugsberechtigungsscheine erfolgt nur gegen Vorlage der Kennkarte und des gelben Haushaltsausweises des Bezugsberechtigten, gegebenenfalls noch Kennkartenvorlage des mit der Abholung Beauftragten. Schlangestehen erübrigt sich, da sämtliche Bezugsberechtigten versorgt werden.

Keine Küchenabfälle in die Mülleimer! In einem Aufruf an die Hausfrauen weist der Oberbürgermeister erneut darauf hin, daß Küchenabfälle heutzutage nicht in den Mülleimer gehören, sondern für die Verfütterung an Klein- und Großtiere bereitgehalten werden sollen. Die Tierhalter werden aufgefordert, mit den einzelnen Haushaltungen und Großküchen sich betr. Abholung der Küchenabfälle in Verbindung zu setzen.

Mahnung an die Eltern. In den ersten Tagen des Monats Februar wird die Karlsruher Schuttbahn den neuen Kurs durch die Sofienstraße, Kriegsstraße, Beiertheimer Allee mit vorläufigem Endziel Schmiederplatz fahren. Die Verlegung der Gleisanlage bringt mitten in der Innenstadt zwangsläufig verkehrserschwerende und gefährdende Punkte mit sich. Insbesondere war es notwendig, um den Verkehrsraum einigermaßen zu erhalten, die Gleise oft hart an den Gehweg oder auf den Gehweg zu verlegen. Bei Probefahrten hat sich nun ergeben, daß Kinder plötzlich aus den Hauseingängen herausstürmen und damit ihr Leben ernstlich gefährden. Die Karlsruher Eltern werden hiermit aufgefordert, auf die Kinder entsprechend belehrend einzuwirken. Gleichzeitig werden alle Verkehrsteilnehmer auf die geschilderten Gefahren aufmerksam gemacht und um Rücksicht gebeten.

Zusammenführung von Kindern und Eltern. Über den Landesbeauftragten für das Flüchtlingswesen, in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz, können alle Kinder, die sich in einer anderen Zone oder im Auslande, getrennt von den in Nordbaden lebenden Eltern, Pflegeeltern oder Erziehungsberechtigten aufhalten, mit diesen wieder zusammengeführt werden. Die für die Zusammenführung notwendigen Antragsformulare sind in den Gemeinden bei den Bürgermeistern und in den Städten bei den Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen erhältlich.

Flugmodellbau. Der Modellflug — Club Civic Center Karlsruhe, Weinbrennerstr. 18, veranstaltet vom 15. bis 17. Mai einen Wettbewerb für Segelflugmodelle. Der Wettbewerb wird nach den allgemeinen Bestimmungen der F. A. I. (Förderation Aronautique Internationale) durchgeführt. Die Flugmodelle werden in zwei Klassen eingeteilt: Klasse A: Normal Segelflugmodelle; Klasse B: Sonderkonstruktionen (Nurflügel, Enten, Tandem). Zugelassen zu diesem Wettbewerb sind alle Modellflieger, gleich ob sie Mitglied eines Modellflug-Clubs, eines Sportvereins, ob sie Deutsche oder Ausländer sind. Die Meldungen sind an den Leiter des Modellflug-Clubs Civic Center Karlheinz Nufer, Karlsruhe, Lenzstr. 9, zu leiten. Die Meldungen müssen spätestens am 1. April 1948 eingegangen sein.

Weizensendung für das Evang. Hilfswerk. Das Hauptbüro Baden des Evang. Hilfswerks möchte Mißverständnissen über die Verteilung der 5000 Tonnen Weizen aus Amerika vorbeugen und teilt mit, daß amerikanische Farmer 5 000 Tonnen Weizen gespendet haben, die durch das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland zur Verteilung gelangen. Von den 5 000 t entfallen auf den Bereich Baden etwa 100 Tonnen. Diese Menge wird dringend benötigt, um die schon im Gang befindlichen Speisungen für Alte und Kinder, sowie die Kindererholungen bis Juli dieses Jahres sicherzustellen. Eine Verteilung an einzelne Gemeindeglieder ist daher ausgeschlossen. Außerdem wird noch längere Zeit vergehen, bis der Weizen zu Grieß und Mehl verarbeitet ist und für die Speisungen verfügbar wird.

Preisausschreiben der ÜDA. Bei dem Wettbewerb, anläßlich des Vortrages von Prof. Dr. Wilken „Die Trennung der Wirtschaft vom Staate, eine Forderung der Zeit" gingen 16 Berichte ein. Von besonderem Interesse war die Übereinstimmung aller Teilnehmer, eine Beherrschung der Wirtschaft durch den Staat sei abzulehnen. Die Preise wurden wie folgt verteilt: 1. Preis: RM 100.— Oberbaurat Edler, Karlsruhe, Daxlander Straße 115. 2. Preis: RM 50.— Dr. Hildegard Faber, Schriftleiterin, Karlsruhe, Sofienstr. 35. 3. Preis: RM 25,— Erich Keller, Karlsruhe, Sofienstr. 187. Dr. A. Bran, Ettlingen, Bismarckstr. 13, Hugo Obländer, Karlsruhe, Belchenstr. 43, Wilhelm Landsmann, Karlsruhe, Sofienstr. 21, wurden mit Buchpreisen ausgezeichnet.

Kundgebung. Nachdem der Zusammenschluß der Europa-Union und dem Europa-Bund als gesichert betrachtet werden kann, ist die Einigkeit der deutschen Europa-Bewegung hergestellt. Der 1. Vorsitzende des Bundes, Konsul a. D. Henry Bernhard, spricht am Donnerstag, 5. Februar, 19 Uhr, im großen Sitzungssaal der Reichspostdirektion am Ettlinger-Tor-Platz über das Thema „Werdendes Europa".

„Berufswahl für akademische Berufe". Es spricht für Abiturienten am Donnerstag, 5. 2., 15 Uhr, in der Turnhalle der Helmholtzschule, Kaiserallee, und für Abiturientinnen am Freitag, 6. 2., 14 Uhr, in der Turnhalle der Lessingschule, Sofienstraße, der akademische Berufsberater für Nordbaden, Dr. Mayer, vom Arbeitsamt Heidelberg.

„Blick in die Welt". Am Freitag, 6. 2., 15 Uhr, spricht im Speisesaal der KLV., Gartenstr. 71, Pfarrer Wenz, Karlsruhe-Rüppurr, über „China".

Angestelltenverband Karlsruhe. Am Freitag, 6. Februar, 19 Uhr, findet im Zieglersaal, Baumeisterstraße, eine Mitgliederversammlung statt.

Keine Sprechstunde. Die Sprechstunde des Öffentlichen Klägers bei der Spruchkammer Karlsruhe, Dr. Mezirek, fällt am kommenden Samstag aus.

„Die Bildung des Arztes". Am Freitag, 6. Februar, abends 19 Uhr, spricht in den Städt. Krankenanstalten Karlsruhe im Hörsaal der II. med. Klinik (Artilleriekaserne) Herr Prof. Dr. med. Curt Oehme, Heidelberg über „Die Bildung des Arztes".

25 Jahre Stadtpfarrer an St. Bernhard. Geistl. Rat Dr. Albert Kieser, der am 6. 2. 1948 sein 70. Lebensjahr vollendet, ist in diesem Jahr ein Vierteljahrhundert als Stadtpfarrer der kath. Oststadtgemeinde St. Bernhard tätig. 1878 in Buchen geboren wurde er nach Absolvierung des Gymnasiums in Tauberbischofsheim und seiner Studien in Freiburg i. Br. und Rom 1902 zum Priester geweiht. Die ersten 2 Jahre seines priesterlichen Wirkens verbrachte Dr. A. Kieser als Kaplan ebenfalls an St. Bernhard. Von 1904—1917 Repetitor am Theol. Konvikt und 1917 bis 1923 Dompräbendar in Freiburg wurde Dr. A. Kieser 1923 als Nachfolger des verewigten Prälaten Dr. Stumpf zum Stadtpfarrer von St. Bernhard ernannt, wo er bis heute eine erfolgreiche seelsorgerische Tätigkeit ausübt.

Golgene Hochzeiten. Die Eheleute Wilhelm Altergott, Karlsruhe, Kriegsstraße 280, konnten am 1. Februar 1948 das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen. Der Oberbürgermeister ließ dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe übermitteln. — Am 5. Februar feiern das Fest ihrer goldenen Hochzeit die Eheleute Bernhard und Barbara Kandler, Rüppurr, Rosenweg 16.

Geburtstage. Ihren 85. Geburtstag begeht am 7. 2. Frau Apollonia Gutmann, Dammerstockstr. 46. Am 22. 1. feierte Johann Weber, Zähringerstr. 48, seinen 85. Geburtstag und zugleich sein 70. Berufsjubiläum als Schuhmachermeister.

Der Generalstreik in Karlsruhe

Protestkundgebung der Werktätigen in der Markthalle, in Durlach und Ettlingen

Mehr als sonn- und feiertägliche Ruhe herrschte am Dienstag, 3. Februar, in den Straßen und auf den Plätzen, in den Fabriken und Werkstätten, Kontoren und Büros von Karlsruhe; denn auch der Lärm der Straßenbahnen und das Pfeifen der Lokomotiven waren verstummt. Gast- und Vergnügungsstätten, Kinos und Theater blieben geschlossen. Ein von der Militärregierung genehmigter und vom ADGB organisierter Generalstreik als Protest gegen Aushungerung und Rationskürzung, gegen Bürokratismus und Korruption, gegen schlechte Erfassung und ungerechte Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und industriellen Produktionsgüter, gegen Schiebertum und Schwarzhandel, brachte 24 Stunden lang das gesamte Arbeitsleben auch in Karlsruhe zum Stillstand mit Ausnahme der notwendigsten Bereitschaftsdienste.

Tausende von Werktätigen fanden sich am Vormittag des Streiktages in der Markthalle ein, um in einer gemeinsamen Kundgebung ihren Streikforderungen Nachdruck zu verleihen. Der Karlsruher Vorsitzende des ADGB, Karl Flößer, als Leiter der Kundgebung, erinnerte in seiner Eröffnungsansprache an die revolutionäre Erhebung der für Recht und Freiheit und Einheit kämpfenden Badener vor 100 Jahren. Heute ginge der Kampf des werktätigen Volkes um die gleichen Ziele. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 habe die Arbeiterschaft zuerst wieder das Rad der Wirtschaft in Gang gebracht. Die aber bis heute den Nutzen davon hätten, seien die Schieber und Schwarzhändler, während das schaffende Volk, Arbeiter, Angestellte und Beamte, infolge unzureichender Ernährung mehr und mehr in ihrer Gesundheit und Arbeitsmoral geschwächt würden. 10 000 Fälle offener Tuberkulose im kleinen Land Württemberg-Baden redeten eine deutliche Sprache für den sich täglich verschlechternden Gesundheitszustand unseres Volkes. Der deutsche Bauer habe schon früher nicht das ganze Volk von 68 Millionen ernähren können. Für 22 Millionen seien vor 1933 bereits Lebensmittel eingeführt worden. Seit 1945 habe sich dieses Verhältnis katastrophal verschlechtert. Was der deutsche Bauer heute noch erzeuge, müsse wenigstens gerecht erfaßt und verteilt werden, damit der ungleich gedeckte Tisch endlich verschwinde.

Gewerkschaftssekretär Alfred Göser betonte in seiner Ansprache, daß der Generalstreik nicht nur die verantwortlichen deutschen Stellen darauf hinweisen solle, wie groß die Erbitterung der Werktätigen sei, sondern auch die Mächte, in deren Hände das deutsche Schicksal liege, aufmerksam machen solle, daß man noch mehr Verständnis der am Rande der Verzweiflung stehenden, hungernden und darbenden deutschen Bevölkerung entgegenbringen müsse. Nicht immer seien unsere Menschen davon überzeugt, daß die Siegerstaaten es mit ihrer Hilfe ernst meinten. Niemand könne verstehen, daß ein großer Teil unserer Industrie demontiert und uns so die Möglichkeit genommen werde, die dringend erforderlichen Exportgüter zu schaffen, mit denen wir die notwendigen Lebensmittelimporte bezahlen könnten. Es sei eine schwere Aufgabe, so fuhr der Redner fort, unter solch katastrophalen Verhältnissen an eine demokratische Erneuerung zu denken, und trotzdem müsse aus den Trümmern neues Leben gestaltet werden. Dies sei aber nur möglich, wenn den deutschen Menschen ein Recht auf produktive Arbeitsleistung und die dazu erforderliche Arbeitsstätte, auf genügenden Lebensraum mit einem gesunden Existenzminimum, auf den Ertrag unserer eigenen Bodenschätze gegeben werde. Der letzte Ruf aus dem Proteststreik, so beschloß A. Göser seine Ausführungen, richte sich an alle verantwortlichen Stellen im In- und Ausland, uns zu helfen, damit wir im Ringen um eine ehrliche Demokratie zu einem Deutschland gelangen könnten, das in der Welt als arbeitswilliger Partner geachtet würde.

Gewerkschaftssekretär Karl Deck hielt wie sein Vorredner zunächst Abrechnung mit den korrupten Kreisen unseres Volkes, die sich an dessen Not mästen und bereichern, und kritisierte das Verhalten der Regierung und des Landtags in Stuttgart, die aus angeblicher Solidarität mit der Bevölkerung an Rhein und Ruhr großzügig auf die Hälfte unserer Fettration verzichtet und so den Saboteuren unserer Ernährung und Versorgung in der britischen Zone noch Vorschub geleistet statt die schärfsten Maßnahmen gegen Schieber und Schwarzhändler ergriffen hätten. Durch eine besondere Umlage an Fett, Speck oder Öl bei den Selbstversorgern hätten die gegenwärtigen Schwierigkeiten leichter behoben werden können. Der Proteststreik möge eine letzte Warnung für Regierung und Landtag sein. Ernährungs- und Wirtschaftsämter müßten von allen Versagern gesäubert und diese strengstens bestraft werden. Abschließend formulierte der Redner die von den Kundgebungsteilnehmern einstimmig angenommenen Forderungen der Werktätigen und der Gewerkschaften, u. a. nach Einführung der Beschäftigtenkarte, rechtzeitiger und restloser Erfassung und gerechter Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, drakonischen Strafen für Schieber und Schwarzhändler (Enteignung und Arbeitslager), sofortiger Verausgabung der aufgespeicherten Schuhe, Textilien und sonstigen Bedarfsgüter, Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Gestaltung und Verwaltung der Betriebe und der Gesamtwirtschaft.

Gleichartige Kundgebungen fanden in der Durlacher Festhalle, wo Gewerkschaftssekretär Ernst Heil sprach, und in der Ettlinger Stadthalle, wo der Vorsitzende des Angestelltenverbandes Eugen Rothweiler, die Streikrede hielt, statt. L. A.

Wiederwahl von Landrat Josef Groß

Im 2. Wahlgang mit 40 gegen 2 Stimmen — Ein Vertrauensbeweis des Kreistags

Am Samstag, 31. Januar, traten die 42 Kreisabgeordneten des Landkreises Karlsruhe im Ettlinger Rathaus zur Neuwahl des Landrats zusammen. Regierungsrat Eckert leitete die Wahlhandlung und stellte die drei Bewerber vor: den bisherigen Landrat Josef Groß (CDU), Dipl.-Kaufmann Fritz Corterier (SPD) und Zolloberinspektor Johannes Sickinger (DVP). Im ersten Wahlgang erhielten J. Groß 21, F. Corterier 17 und J. Sickinger 4 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die notwendigen 22 Stimmen erhielt, war ein zweiter Wahlgang erforderlich. Vor diesem erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Eckert, daß der Bewerber der SPD seine Kandidatur zurückziehe, und die SPD für den bisherigen Landrat stimmen werde. Dieser habe sich in sein Amt gut eingearbeitet und werde so auch den kommenden schweren Aufgaben gewachsen sein. Die DVP-Fraktion, von der schon beim ersten Wahlgang ein Abgeordneter für J. Groß gestimmt hatte, entschied sich ohne vorherige Erklärung ebenfalls für den seitherigen Landrat, der im zweiten Wahlgang von 42 abgegebenen Stimmen 40 erhielt. Zwei Stimmen entfielen nochmals auf F. Corterier. Somit war J. Groß für weitere sechs Jahre zum Landrat des Kreises Karlsruhe gewählt. Der Wiedergewählte dankte für das ihm bekundete Vertrauen und versprach, auch in Zukunft gerecht und objektiv seines Amtes zu walten. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Kaufmann, dankte im Namen seiner Fraktion und gab der Freude Ausdruck über die in den Fraktionen erzielte Einigung zur Wahl von Landrat Groß, ein in der jungen deutschen Demokratie noch nicht allzu häufiges Ereignis. L. A.

Anmeldefristen des KB-Leistungsgesetzes verlängert

An Stelle der vom Kontrollrat beseitigten früheren Versorgungsgesetze gilt seit 1. Febr. 1947 für Schäden an Leib und Leben aus unmittelbaren Kriegseinwirkungen oder aus militärischen oder militärähnlichen Diensten das Gesetz über Leistungen an Körperbeschädigte vom 21. 1. 1947. Die Ansprüche der Beschädigten und Hinterbliebenen mußten innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, d. h. bis spätestens 31. 1. 1948, angemeldet werden. Durch Erlaß des Arbeitsministeriums Württemberg-Baden vom 12. 1. 1948 ist diese allgemeine Anmeldefrist bis zum 31. Januar 1949 verlängert worden. Die in letzter Zeit von verschiedenen Seiten ergangenen Hinweise auf einen früheren Fristablauf sind damit gegenstandslos geworden. Auch nach Ablauf der allgemeinen Anschlußfrist können Anträge noch ausnahmsweise gestellt werden, wenn die Voraussetzungen des Anspruchs erst später eintreten (z. B. wenn eine Witwe erst nach Fristablauf erwerbsunfähig (invalide) und damit rentenberechtigt wird). Die nach dem bisherigen Recht festgestellten Renten werden im übrigen ohne förmlichen Antrag nach dem KB-Leistungsgesetz neu berechnet, wenn der Berechtigte die dazu erforderliche „Erklärung" über seine wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse abgibt; dies ist noch nicht in allen Fällen geschehen. Anträge pp. nehmen die Allgemeinen Ortskrankenkassen entgegen mit Ausnahme der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe, Heidelberg und Pforzheim, wo die Anträge unmittelbar bei der Landesversicherungsanstalt gestellt werden können (Karlsruhe, Kriegsstraße 103; Heidelberg, Plöck 79; Pforzheim, Städtisches Sozialamt).

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst K'he

Leichte Nachtfröste. Vorhersage bis Freitag abend: Wechselnd bewölkt, besonders nachts zum Teil aufheiternd. Am Donnerstag noch örtliche Schauer. Höchsttemperaturen 4—7 Grad, Tiefsttemperaturen nahe 0, stellenweise leichter Nachtfrost. Schwache bis mäßige Winde aus Nordwest bis West.

Rheinwasserstände

2. Febr.: Konstanz 325 (+1), Breisach 264 (—38), Kehl 350 (—10), Maxau 590 (+30), Mannheim 555 (+30), Caub 468 (+70). — 4. Febr.: Konstanz 326 (+1), Breisach 252 (—12), Kehl 332 (—18), Maxau 570 (—20), Mannheim 558 (+3), Caub 488 (+20).

Badisches Staatstheater:

Tristan und Isolde

Es war nach 1945 eine Frage des Taktes, wenn man gewisse Opern Richard Wagners nicht gleich wieder in die Spielpläne mit einbezog. Diese Taktfrage sollte jedoch nichts mit einer künstlerisch-musikalischen Bewertung zu tun haben, obgleich Wagner auch heute noch umstritten ist, auch wenn die Auseinandersetzungen nicht mehr mit derselben Schärfe wie früher geführt werden. Daß man Wagner jedoch zu einer politischen Frage gemacht hat, bei der die Diskussion auf die Ebene gehässigster und unsachlicher Parteipolemik herabgezerrt wurde, ist nicht nur unerfreulich, sondern im höchsten Maße taktlos. (Im übrigen ist diese Diskussionsform eine typisch deutsche, ob nun Wagner oder Parteidogma, alles wird gleich „gründlich" diskutiert!)

Abgesehen davon teilt Wagner jedenfalls auch heute noch das Los so vieler genialer Künstler: Er wird auf der einen Seite mit derselben Kritiklosigkeit überschätzt, wie er auf der anderen mit einer snobistischen Arroganz unterschätzt wird. Außerhalb jeder Diskussion sei hier lediglich festgestellt, daß Wagner als erster Komponist die ihr von Anfang an fremde Einteilung der Oper in „Nummern" kompromißlos überwand. Das Musikdrama an sich schuf er zwar nicht allein, denn auch im Zeitalter der Florentiner bewegte sich der musikalische Teil der Oper in regelmäßig gleichförmiger rezitativer Deklamation und Gluck schon suchte mit Erfolg das verloren gegangene Musikdrama zu erneuern, aber Wagner ging den vorgezeichneten Weg am konsequentesten bis zum Ziel weiter.

Mit Tristan beginnt die Geschichte der eigentlichen, modernen Musik. Alle wesentlichen theoretischen Programmpunkte der Wagnerschen Schriften, sei es die polyphone Orchesterbehandlung, eine zu ungeheuren Ausdrucksmöglichkeiten gesteigerte Chromatik der Harmonie oder das restlose Aufgehen in den freien melodischen Sprachgesang, erzeugen vereint jenes musikalische Wunderwerk, als das wir den Tristan heute kennen.

Es scheint jedoch auch, daß diese theoretisch dargelegten Grundsätze im Tristan zu einer spontanen Offenbarung fast ausschließlich des musikalischen Genies geworden sind, denn das Dramatische spielt sich mehr im Orchesterraum als auf der Bühne ab. Man kann den Tristan getrost vollkommen dekorationslos und als szenisch nur angedeutetes Oratorium bringen, und die Wirkung wird noch größer sein.

Diesen Umstand berücksichtigend beschränkt sich die Regie Otto Matzeraths auf eine stilisierende Handlungsandeutung, wobei das Bühnenbild Heinz Gerhard Zirchers in diesem Falle fast zu pompös „meiningerisch" wirkte, und dem makabren Geschehen vielleicht eine zu düstere Atmosphäre im zweiten Akt gab. Mehr als jede andere Oper gibt der Tristan dem Dirigenten die Möglichkeit, seine nachschöpferischen Fähigkeiten zu beweisen. Und hier hat Otto Matzerath eine sehr anerkennenswerte Leistung vollbracht. Mit feinstem psychologisch-musikalischem Instinkt spürt er allen Nuancen in dem so stark verästelten Klanggebilde nach, er läßt die direkte oder indirekte Verwendung des Leitmotivs so plastisch hervortreten, um sie doch reibungslos in allen übrigen Entwicklungsphas

OLYMPISCHE WINTERSPIELE 1948

Über die Hälfte des umfangreichen Olympiaprogramms wurde bereits abgewickelt. Der Wettergott war am Dienstag und Mittwoch nicht in bester Laune, wodurch Wettbewerbe abgesagt und neu angesetzt werden mußten. Als erfolgreichste Nation holte sich bisher Schweden 3 goldene, 2 silberne und 2 bronzene Medaillen und stellte außerdem die drei ersten Sieger im militärischen Fünfkampf, der als Einlage durchgeführt wurde. An zweiter Stelle folgt Norwegen mit 3 goldenen, 1 silbernen und 2 bronzenen Medaillen. Ebenfalls 3 Goldmedaillen errang Frankreich durch Siege Oreillers im Abfahrtslauf und in der Alpinen Kombination, sowie durch Couttet, der im Slalom siegreich war.

Drei Goldmedaillen für Norwegen

Die erste olympische Goldmedaille holte sich der Norweger Helgesen im Eisschnellauf über 500 m in der neuen olympischen Rekordzeit von von 43,1 Sekunden und unterbot damit den Rekord seines Landsmannes Ballangrud. Überraschend stark waren die Amerikaner Bartheimes Fitzgerall und Henry, die mit dem Norweger Byberg alle 43,2 liefen. Ergebnisse: 1. Helgesen, Norwegen, 43,1; 2. Barthelmes, USA, 43,2; 3. Byberg, Norwegen, 43,2; 4. Fitzgerall, USA, 43,2; 5. Henry, USA, 43,2.

Über 1500 m lieferten sich die Skandinavier erbitterte Kämpfe. Aus der Konkurrenz mit 46 Teilnehmern ging der Norweger Farstad als sicherer Sieger hervor, vor dem Favoriten Seyffarth, Schweden, und stellte auch hier einen neuen olympischen Rekord auf, den bis dahin der Norweger Mathiesen hielt. Erst als Sechster plazierte sich der Amerikaner Worket als bester Nichtskandinavier. Ergebnisse: 1. Farstad, Norwegen, 2:17,6; 2. Seyffarth, Schweden, 2:18,1; 3. Lundberg, Norwegen, 2:18,9; 4. Parkkinen, Finnland, 2:19,6; 5. Jansson, Schweden, 2:20; 6. Worket, USA, 2:20,2.

Den dritten norwegischen Sieg errang über 5000 m Liaklev. Er unterbot mit 8:29,4 Minuten den olympischen Rekord von Ballangrud um 9,8 Sekunden. Auch den zweiten Platz belegte Norwegen durch Lundberg vor den Schweden Hedlund und Jansson. Sehr gut hielt sich der Holländer Langedijk, der Fünfter wurde. Der Favorit Seyffarth, Schweden, verlor durch eine Kollision mit einem Photographen kostbare Sekunden und konnte nur Siebter werden. Ergebnisse: 1. Liaklev, Norwegen, 8:29,4; 2. Lundberg, Norwegen, 8:32,7; 3. Hedlund, Schweden, 8:34,8; 4. Jansson, Schweden, 8:34,9; 5. Langedijk, Holland, 8:36,2; 6. Broekman, Holland, 8:37,3.

Erst über 10 000 m kam der große Favorit Ake Seyffarth, Schweden, zu einem sicheren Sieg vor dem Finnen Parkkinen. Das weiche Eis bedingte das vorzeitige Ausscheiden des 5000-m-Siegers Cjaklev und seiner Landsleute Bahl und Enderssen, des Schweden Hedlund und des Finnen Ulaitinen, die erschöpft als halber Strecke aufgaben. Dadurch kam der Ungar Pajor zu einem ehrenvollen vierten Platz, gefolgt von den Holländern Broekmann und Langedijk. Ergebnisse: 1. Seyffarth, Schweden, 17:26,3; 2. Parkkinen, Finnland, 17:36; 3. Lammio, Finnland, 17:42,7; 4. Pajor, Ungarn, 17:45,6; 5. Broekman, Holland, 17:54,7; 6. Langedijk, Holland, 17:55,3; 7. Jansson, Schweden, 18:00,8; 8. Lundberg, Norwegen, 18:05,8; 9. Hammarström, Schweden, 18:39,6; 10. Stiepl, Österreich, 19:45,5.

Bei den Kunstläufern im Eisstadion

Richard Button, USA, der bei den Europameisterschaften in Prag mit seinem Stil viel Bewunderung fand, wurde bereits in den Pflichtübungen so hoch bewertet, daß an seinem Endsieg nicht zu zweifeln ist. In der Kür ist eine noch deutlichere Überlegenheit des Amerikaners zu erwarten. Als zweiter folgt Hans Gerschwiler, Schweiz, vor Edi Rada, Österreich. Ergebnisse: 1. Button, USA, 994,7 Punkte; 2. Gerschwiler, Schweiz, 965,2; 3. Rade, Österreich, 941; 4. Kiraly, Ungarn, 922,1; 5. Lettengraver, USA, 916,3; 6. Graham Sharp, Großbritannien, 909,8; 7. May, Österreich, 882,9; 8. Grogan, USA, 867,4; 9. Cap, Tschechoslowakei, 859,0.

Die Fortsetzung der Pflichtübungen im Kunstlauf der Damen mußte infolge ungünstiger Eisverhältnisse verlegt werden. Die Kanadierin Barbara Scott führt nach den ersten beiden Pflichtübungen mit 331,6 Punkten vor der Österreicherin Eva Pavlick mit 326,2 Punkten.

Oreiller und Hedi Schlunegger Abfahrtssieger

Es war ausgleichende Gerechtigkeit, daß Frankreich nach dem Ausfall von Jean Blanc, der sich beim Schlußtraining das Bein brach, doch den Sieg durch Oreiller holte, der in akrobatischem Stil die schwierige Strecke von der Corviglia-Hütte hinter sich brachte, die über 3500 m mit einem Höhenunterschied von 900 m führte. Nachdem mit Colo, Italien, ein Favorit durch Sturz ausgeschieden war, erzielte der Schweizer Molitor mit 3:00,6 Minuten die bisherige Bestzeit, die unmittelbar darauf durch den phantastisch laufenden Oreiller verbessert wurde. Nachdem auch der Schweizer Olinger die gleiche Zeit wie Molitor erreicht hatte, hoffte die Schweiz auf den Gewinn der Silbermedaille. Kurz vor Schluß erreichte aber der Österreicher Franz Gabl die zweitbeste Zeit des Tages und damit den zweiten Platz. Ergebnisse: 1. Oreiller, Frankreich, 2:55; 2. Gabl, Österreich, 2:59,2; 3. Molitor, Schweiz 3:00,6; 4. Olinger, Schweiz, 3:00,6; 5. Schöpf, Österreich, 3:01,4; 6. Gartner, Italien, 3:02,8; 7. Alvera, Italien, 3:02,8; 8. Grosjean, Schweiz, 3:03,2; 9. Nogler, Österreich, 3:03,4; 10. Hanssen, Schweden, 3:05.

Hedy Schlunegger siegte bei den Frauen

Die Schweizer Fahne ging wieder am Siegesmast hoch, als Hedy Schlunegger in der ausgezeichneten Zeit von 38,6 Sekunden die weitaus beste Zeit der Frauen im Abfahrtslauf herausholte. Den zweiten und dritten Platz belegte Österreich durch Trude Beiser und Resi Hammerer. Ergebnisse: 1. Schlunegger, Schweiz, 2:28,6; 2. Beiser, Österreich, 2:29,2; 3. Hammerer, Österreich, 2:30,2; 4. Seghi, Italien, 2:31,2; 5. Mittner, Schweiz, 2:31,4; 6. Thiolliere, Frankreich, 2:31,8.

Couttet Sieger im Slalomlauf

Nachdem bereits ein Franzose im Abfahrtslauf gewonnen hatte, gewann Couttet die zweite Goldmedaille für Frankreich durch einen Sieg im Slalom der Männer. Den zweiten Platz belegte Edi Mall, Österreich, vor Chieroni Italien. Ergebnisse: 1. Couttet, Frankreich, 2:14,9, 2. Mall, Österreich, 2:16, 3. Chieroni, Italien, 2:18,1, 4. Reinalter, Schweiz, 2:22,1, 5. Oreiller, Frankreich, 2:22,3, 6. Molitor, Schweiz, 2:22,5.

Erste Goldmedaille für Österreich

Im Frauenslalom lief Erika Mahringer, Österreich, die beste Zeit von insgesamt 28 Teilnehmerinnen. Zweite wurde Gretchen Frazer, USA, vor Anneliese Schuh-Proxauf, Österreich. Ergebnisse: 1. Mahringer, Österreich, 1:58,1, 2. Frazer, USA, 2:01, 3. Schuh-Broxauf, Österreich, 2:04,3, 4. Gignoux, Frankreich, 2:09, 5. Bleuer, Schweiz, 2:09,3, 6. Seghi, Italien, 2:09,7.

Überraschungen in der Alpinen Kombination

Nachdem Oreiller Sieger im Abfahrtslauf geworden war, genügte ein fünfter Platz im Slalom zum sicheren Gewinn der Goldenen. Der Schweizer Molitor rettete die Silberne vor dem dicht auffolgenden Franzosen Couttet. Einer der Favoriten, Mall, Österreich, kam durch seinen 15. Platz im Abfahrtslauf nur auf die vierte Stelle. Ergebnisse: 1. Oreiller Frankreich, 3,27 Punkte; 2. Molitor, Schweiz, 6,44 Pkte.; 3. Couttet, Frankreich, 6,95 Pkte.; 4. Mall, Österreich, 8,54 Pkte.; 5. Alvera, Italien, 8,71 Pkte.; 6. Hansson, Schweden, 9,31 Pkte.

Bei den Frauen sicherte sich Trude Beiser, Österreich, durch gute Plätze den Sieg. Gretchen Frazer, USA, rettete die zweite Silbermedaille durch ihren zweiten Platz im Slalom vor der Österreicherin Erika Mahringer, die durch ihre Bestzeit im Frauenslalom noch die Bronzene errang. Ergebnisse: 1. Beiser, Österreich, 6,58 Punkte; 2. Frazer, USA, 6,95 Pkte.; 3. Mahringer, Österreich, 7,04 Pkte.; 4. Seghi, Italien, 7,46 Pkte.; 5. Gifnoux, Frankreich, 8,14 Pkte.; 6. Bleuer, Schweiz, 8,80 Pkte.

Schweizer Sieg im Zweierbob

Am Samstag kam die Schweiz zu einer Gold- und Silbermedaille im Zweierbobrennen. Feierabend, der durch eine Verletzung seines Bremsers kurz vor dem Rennen sich nach einem Ersatzmann umsehen mußte, kam mit Eberhard auf den zweiten Platz. Seine Schüler Endrich/Waller siegten mit knappem Vorsprung. An dritter Stelle plazierte sich USA II mit Fortune/Carren. Die Bestzeit fuhr Feierabend mit 1:21,4. Ergebnisse: 1. Endrich, Schweiz II, 5:29,2; 2. Feierabend, Schweiz I, 5:30,4; 3. Fortune, USA II, 5:35,3; 4. Houben, Belgien I, 5:37,5; 5. Coles, England I, 5:37,9.

England im Skeleton an der Spitze

Die Witterungsverhältnisse machten die Fortsetzung des Skeletonwettbewerbs unmöglich, in dem bis jetzt Großbritannien vor Italien und USA an der Spitze liegt.

Veranstaltungstermine der Schwerathleten. Auf der Tagung in Schwetzingen wurde beschlossen, daß die bad. Rasen-Kraftsportmeisterschften im Juli in Oftersheim, die badischen Jugendmeisterschaften im gleichen Monat in Bruchsal und die badischen Schülermeisterschaften in Karlsruhe abgehalten werden. Bereits im März wird Karlsruhe der Schauplatz des Länderkampfes im Ringen Baden-Württemberg sein. Im August folgen die süddeutschen Gewichtshebermeisterschaften aller Klassen in Mannheim, die süddeutschen Rasenkraftsportmeisterschaften, sowie die süddeutschen Meisterschaften im Ringen und Gewichtheben der Altersklassen in Karlsruhe. Die süddeutschen Meisterschaften im Ringen der Fliegen-, Feder-, Welter- und Halbschwergewichtsklasse werden in Brötzingen ausgetragen.

Langlauf Domäne der skandinavischen Länder

Im 18-km-Langlauf siegte der Schwede Martin Lundström überlegen. Auch die Silber- und Broncemedaille fielen durch Niels Östensson und Gunnar Eriksson ebenfalls an Schweden. Dann erst folgten Heikki Hasu, Finnland, Karlsson, Schweden, und Rytky, Finnland. Bereits nach 12 km lag Lundström sicher in Führung vor den 65 übrigen Mitbewerbern. Die ersten 10 Plätze belegten die Skandinavier und dann erst folgte Carrara, Frankreich. Ergebnisse: 1. Lundström, Schweden, 1:13,50; 2. Östensson, Schweden, 1:14,22; 3. Eriksson, Schweden, 1:16,06.

Hasu Sieger der nordischen Kombination

Der Finne Hasu kam in der nordischen Kombination durch seinen vierten Platz im 18-km-Langlauf zu einem sicheren Sieg. Im Sprunglauf erreichte er in guter Haltung Weiten von 64, 57 und 61 m. Die ungünstigen Schneeverhältnisse brachten einigen Favoriten durch Stürze um ihre Chancen. Hervorragend ist der vierte Platz des Schweizers Stumpp zu bezeichnen, der durch seine ausgezeichneten Leistungen sich zwischen die Vertreter der Nordländer schob. Ergebnisse: 1. Hasu, Finnland, 448,8 Punkte; 2. Huhtala, Finnland, 433,6 Punkte; 3. Sven Israelsson, Schweden, 433,4 Punkte; 3. Stump, Schweiz, 421,6 Punkte; 5. Sihvonen, Finnland, 416,2 Punkte.

Schwedischer Staffelerfolg

Spannend verlief die 4×10-km-Skistaffette, bei der 11 Mannschaften starteten. Für Eingeweihte stand außer Frage, daß die Skandinavier, wie in Garmisch-Partenkirchen, die drei ersten Plätze unter sich ausmachen würden. Vom Start weg setzte sich der Schwede Oestensson an die Spitze vor dem Finnen Silvennoinen und dem Norweger Evensen, der bereits nach 1 km Skibruch erlitt. Der Norweger blieb trotzdem im Rennen, verlor aber kostbare Zeit und wechselte als Vierter. Oestensson traf als erster am Wechsel ein vor dem Finnen und dem Österreicher Gstrein. Schweden vergrößerte seinen Vorsprung, der nach dem zweiten Wechsel bereits drei Minuten vor Finnland, 5 Minuten vor Norwegen und 7 Minuten vor Österreich ausgedehnt war. Als der schwedische Schlußmann Eriksson in neuer olympischer Rekordzeit die Ziellinie passierte, betrug sein Vorsprung vor den Finnen 11 Minuten, die wiederum drei Minuten vor den Norwegern lagen. Sehr beachtlich hielt sich Österreich, dessen Mannschaft 56 Sekunden nach den Norwegern durchs Ziel ging. Ergebnisse: 1. Schweden (Oestensson, Taepp, Eriksson, Lundström), 2:32,08; 2. Finnland (Silvennoinen, Laukkanen, Rytki, Kiuru), 2:41,00; 3. Norwegen (Evensen, Odden, Nybor, Hagen), 2:44,04; 4. Österreich (Gstrein, Deutschmann, Hundertpfund, Rafreider), 2:45,56; 5. Schweiz (Stumpp, Zurbriggen, Müller, Schill), 2:48,05; 6. Italien, 2:51,00; 7. Frankreich, 2:51,53; 8. Tschechoslowakei, 2:54,56; 9. Jugoslavien, 2:55,00; 10. Polen, 2:59,19.

Schwedens Sieg im Fünfkampf

Der militärische Fünfkampf, bestehend aus 10 km-Langlauf, Pistolenschießen, Abfahrtslauf, Fechten und Reiten, wurde als Einlagewettbewerb durchgeführt. Schweden gewann überlegen und belegte die ersten drei Plätze, obwohl Claes Egnell als einer der aussichtsreichsten Bewerber sich beim Abfahrtslauf wenige Meter vor dem Ziel das Bein brach. Ergebnisse: 1. Lindh, Schweden, 2. Grut, Schweden, 3. Haase, Schweden, 4. Somazzi, Schweiz, 5. Rumpf, Schweiz, 6. Allhusen, Großbritannien.

Kein olympisches Fußballturnier?

„Es ist noch durchaus möglich, daß Fußball vom olympischen Programm in London gestrichen wird". Diese Ansicht äußerte der österreichische Verbandskapitän Edie Bauer. Er ist der Ansicht, daß die straffe Handhabung der Amateurparagraphen automatisch eine Teilnahme der besten Mannschaften ausschließe. Eine Entscheidung hierüber findet schon im Februar bei einer Tagung in Venedig statt, bei der vor allem über einen Mitropa- bzw. Europapokalwettbewerb gesprochen wird. Bauer glaubt, daß unter Umständen in London ein Fußballturnier mit den besten Nationalmannschaften als Rahmenwettbewerb stattfindet.

Vorrunde der Oberliga abgeschlossen

Waldhof sicherte sich durch einen 3:1-Sieg über Ulm den vierten Tabellenplatz. Auch VfB Stuttgart verbesserte seine Position, indem er Schwaben Augsburg mit 2:1 besiegte. Etwas glücklich holte sich VfR Mannheim durch ein 1:1 in Aschaffenburg einen Punkt und behält damit Anschluß an VfB Mühlburg.

1. FC Nürnberg	19	14	2	3	48:23	30
Bayern München	19	13	3	3	39:21	29
Kickers Stuttgart	19	13	2	4	75:32	28
SV Waldhof	19	12	3	4	43:25	27
1860 München	19	12	3	4	36:25	27
VfB Stuttgart	19	11	2	6	46:33	24
FSV Frankfurt	19	9	5	5	33:22	23
Schwaben Augsburg	19	9	3	7	40:29	21
Kickers Offenbach	19	6	8	5	25:20	20
Eintracht Frankfurt	19	8	4	7	32:30	20
Schweinfurt 05	19	6	6	7	27:29	18
VfB Mühlburg	19	7	3	9	28:28	17
VfR Mannheim	19	6	4	9	30:34	16
Vikt. Aschaffenburg	19	5	6	8	29:41	16
1846 Ulm	19	5	4	9	30:34	14
Wacker München	19	6	2	11	29:41	14
Rotweiß Frankfurt	19	5	1	13	27:52	11
SpVgg Fürth	19	5	0	14	23:50	10
VfL Neckarau	19	3	3	13	24:55	9
Spfr. Stuttgart	19	1	4	14	10:49	6

Niedersachsens Fußballschützenkönig Dreher hat Arminia Hannover verlassen und wird voraussichtlich Anfang Juli für die Stuttgarter Kickers spielberechtigt sein.

In Zahlen

Nord: Viktoria Hamburg — Hamburger SV 0:2, VfL Osnabrück — Bremer SV 0:3, Arminia Hannover — Konkordia Hamburg 1:1, VfB Lübeck — Holstein Kiel 3:2.

West: Katernberg — Düsseldorf 3:0, Dortmund — Witten 3:1, Erkenschwick gegen Schalke 0:2, Hamborn — Oberhausen 0:2, VfR Köln — Delbrück 1:3, Vohwinkel gegen Aachen 0:0.

Zonenliga: Kaiserslautern — Pirmasens 9:1, Neustadt — Wormatia Worms 0:5, Andernach gegen Mainz 2:2, Neuendorf—Neunkirchen 2:0.

Italien: Vizenza — Milano 0:0, FC Turin gegen Modena 3:0, Bologna — Iuventus Turin 1:0, Internationale Mailand — Triest 1:1.

Frankreich: Pokalspiele. Le Havre gegen Reims 2:2 nach Verlängerung, Angers gegen Marseille 3:3 nach Verlängerung, Mont Pellier — Metz 1:1 nach Verlängerung, Lille gegen St. Quentin 6:0.

England: Arsenal — Preston 3:0, Sheffield United — Manchester United 2:1, Middlesborough — Burnley 1:2. Pokalwiederholungsspiel Everton — Wolverhampton 3:2 nach Verlängerung.

Schweiz: Bellinzona — Chaux-de-Fonds 3:2. Pokalvorschlußrunde (Wiederholung) Grenchen — Servette Genf 4:2.

Ringen: Durlach — Östringen 3:4, Brötzingen II — Wiesental 5:2. Jugend: Daxlanden gegen Mühlburg 2:6.

ASV Durlach rückt auf

Durlach schaltet durch besseres Spiel den Mitbewerber Phönix durch einen 4:1-Sieg vorläufig aus. In Daxlanden sorgte Neureut durch einen 1:3-Sieg für eine Überraschung und erhielt gleichzeitig vier weitere Punkte für die ausgefallenen Spiele gegen Ettlingen und Dillweißenstein zugesprochen. Knielingen siegte erwartungsgemäß in Ettlingen 0:2, und der FC Pforzheim veranstaltete gegen Mühlacker ein Schützenfest und erzielte ein volles Dutzend Tore.

VfR Pforzheim	16	12	3	1	42:11	27
VfB Knielingen	17	12	2	3	29:14	26
ASV Durlach	15	9	4	2	38: 8	22
1. FC Pforzheim	16	9	4	3	46:18	22
Germ. Brötzingen	16	8	5	3	27:14	21
FC Phönix	16	8	2	4	38:26	18
FV Daxlanden	16	7	3	6	28:17	17
KFV	14	7	1	6	31:19	15
FC Neureut	16	6	3	7	16:23	15
Weingarten	15	5	4	6	22:28	14
SpVg. Durlach-Aue	16	4	3	9	26:57	11
SpVg Ettlingen	17	1	3	13	8:38	5
FV Mühlacker	18	2	1	15	13:53	5
Dillweißenstein	16	1	2	13	6:46	4

TuS Beiertheim Gruppensieger

Durch einen 10:5-Sieg sicherte sich Beiertheim endgültig die Meisterschaft der Gruppe Süd und trifft in einem Vor- und Rückspiel auf den Vertreter der Gruppe Nord, der wahrscheinlich Waldhof heißen dürfte, um die badische Meisterschaft. Den zweiten Platz nimmt Bretten vor Odenheim ein.

Linkenheim — Rintheim 8:2, Beiertheim gegen Odenheim 10:5, Blankenloch — Grünwinkel 5:5, Daxlanden — Bretten 3:4. — Bezirksklasse, Staffel 3: Durlach gegen Knielingen 8:4, Mühlacker — Ettlingen 7:7, Ettlingenweier — Neureut 6:4, Kronau wurde in Staffel 4 durch einen 3:9-Erfolg in Oberhausen Staffelmeister. Hochstetten gegen Kirrlach 6:11.

VfL Neckarau gewann das Hallenhandballturnier in Darmstadt durch einen 16:8-Sieg im Endspiel über Haßloch.

Die süddeutschen Frauenhandballmeisterschaften wurden auf der Tagung der süddeutschen Handballarbeitsgemeinschaft in Neuthard bei Bruchsal für Mai nach Karlsruhe vergeben.

*

Göttle, der Halbschwergewichtsringer von Germania Karlsruhe, ist nach Göppingen umgezogen und hat sich bei Jahn Göppingen angemeldet.

Karlsruher Keglermeisterschaften. Klubmeister wurde Bowling-Club, der Altstadt und Schusterstuhl hinter sich ließ.

Eine außerordentliche Generalversammlung des FV Daxlanden findet am Freitag, 6. 2. 48 19.00 Uhr im Klubhaus Daxlanden statt.

Wußten Sie schon . . .?

daß Amerikas Footballmannschaft des Jahres die der Michigan-Universität war? Sie erzielte ein Punktverhältnis von 345:53. Bester Einzelspieler war der 22jährige Viertelback Jonny Lujack von Notre Dame.

daß Deutschlands Ringer bisher insgesamt 52 Länderkämpfe ausgetragen haben? Seit 1926 errangen sie 35 Siege und wurden 17mal geschlagen.

daß die Ostzone nach Leipzig eine zweite große Boxsportarena erhalten soll? In Halle an der Saale wird ein großes Freilichttheater ausgebaut, daß 15—20 000 Zuschauer fassen wird.

daß Frankreichs früherer Skiweltmeister, Emile Allais, Kanadas Abfahrtsläufer für St. Moritz trainiert hat? Als aussichtsreichsten Olympiakandidaten bezeichnet er Pierrot Jalbert.

daß Oberst van Buskirik, der US-Gouverneur für Garmisch-Partenkirchen, 723 953 Mark für wohltätige Zwecke dem dortigen Landkreis übergeben hat? Das Geld stammt größtenteils aus Sportveranstaltungen des Recreational Center.

daß Englands Meisterjockey Gordon Richards von einem amerikanischen Kollegen übertroffen wurde? Gordon Richards brachte es auf 269 Siegesritte im Jahr, Jonny Longden konnte in Kalifornien vor kurzem aber bereits seinen 304. Sieger durchs Ziel bringen.

daß Italiens Campionissimo im Radsport, Fausto Coppi, in seinem Wohnsitz Sestri-Ponente bei Genua völlig zurückgezogen lebt und dort kaum bekannt ist. Das dortige dörfliche Postamt hat ihm bisher noch nicht einmal einen eigenen Telephonanschluß bewilligt.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Familien-Nachrichten

Friedrich Wilhelm Kemm, Post-Betr.-Ass. a. D., m. lb. Mann u. gt. Vt. u. Br., i. a. 28. l. i. A. v. 71 J., entschlaf. F. d. tr. Hbl.: Berta Kemm, Neureut, Bhfstr. 21. **Heinrich Arnold,** Dachdeckermeister, uns. lb. Vat., Großvat., Urgroßv., i. a. 26. l. i. A. v. 78 J. entschl. F. erw. Teiln. hzl. D. D. Hbl.: O. Müller u. Frau, Schönfeldst. 3. **Julie Ziegler Wwe geb. Wenzel,** u. lb. Mutt. u. Großm., wurde a. 29. l. v. ih. lg. Leid. erl. Die Beisetz. hat in aller Stille stattgef. Fam. H. Thienecke, Belfortstr. 6. **Heinrich Benz,** Metzgerm., m. lb. Mann, uns. treus. Vat., ist a. 28. l. unerw. heimgeg. F. erw. Teiln. herzl. D. l. tf. Ld.: Fr. Lina Benz u. Kd., Durl., Ernst-Friedr.-Str. 7. **Lene Drach:** Am 31. l. versch. n. schw. Krkh. m. liebe Tocht., uns. Schwest., Schwäg. u. Tante. D. Beerd. find. in all. Stille statt. Frau Helene Drach und Angehörige. **Eugenie Ruh geb. Zöller,** m. lb. Frau u. lb. Mutt., ist am 25. l. i. A. v. 46 J. entschl. F. d. Kranzsp. u. herzl. Anteiln. s. w. u. Dk. Ed. Ruh u. Ang., Markgrafenst. 34. **Helene Schaller,** m. lb. Frau, ist n. kurz. Krankh. sanft entschlafen. In tiefem Leid: Otto Schaller u. Tochter, Ostendstr. 6. Beisetz. Fr., 6. 2., 12.15 Uhr, Hauptfrdh. **Karoline Steuerwal Wwe. geb. Haug,** u. lb. Mtt., verst. a. 1. 2. Best. 5. 2., 11.45, Krem. Fam. Steuerwald, Khe., Philadelph./USA, Fam. Gerber, Nothstein u. To. Mina. **Gertrud Meier geb. Becker,** m. lb. Frau, Mutter u. Oma, ist v. ihr. schw. Leid. i. A. v. 47 J. erl. word. Beerd. 5. 2., 12.30, Hptfr. Ad. Meier u. Angeh. Douglasstr. 10. **Therese Eisele,** m. lb. Fr., uns. gt. Mutter, Schwgm. und Oma, ist i. A. v. 79 J. n. lg. Leid. v. uns geg. Georg Eisele u. Ang. Karl-Hoffm.-St. 6. Beis. 5. 2., 10.30, Hptfr. **Ludwig Cüny,** Major a. D., m. lb. Mann, uns. gt. Vater, i. i. A. v. 72 J. v. Gott heimber. word. I. tf. Ld.: Maria Cüny geb. Kalliwoda. Guntherst. 18. Einäsch. 5.2., 11 U. **Joh. Duttenhofer,** uns. lb. Vater, Großv. u. Schwiegerv., ist am 3. 2. weitergegangen. Beerd. 6. 2., 11.30, Hptfr. Khe. I. N. d. Hbl.: Annie Maier, Durl., Gymnas.st. 4a. **Henny Wolf geb. Pfündner,** m. lb. Frau, ist nach schw. Leiden sanft entschl. Beerd. Sa., 7. 2., 9 Uhr, Hptfr. Friedr. Wolf, Glasermstr., u. Angeh., Lauterbergst. 14.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Erika Schifferdecker — Fritz Nürk, Khe., Uhlandstraße 14. Roonstraße 2. 28. Januar 1948.

Ihre Vermählung geben bekannt:
Karl Wetterauer — Leni Wetterauer geb. Stopinski. Gottesauerstraße 13. Tr.: 7. Febr., 13 Uhr, Bernharduskirche. **Herbert Klein — Gerda Klein geb. Armbrust.** Karlsruhe, 7. 2. 48. Schönfeldstr. 1. Kriegsst. 153. Tr.: 11.30, Bonifaz.

Geboren:
Vera: Uns. Töchterchen ist angek. In dankb. Fr.: Alfr. Honold u. Fr. Hildeg. g. Biechner, z. Z. A. Diak.-H. Dr. Lutz. **Margot Ursula:** Unser Günter hat ein Schwesterchen bek. In großer Freude: Friedrich Raisch u. Frau, Flehingen. **Ruth Ingrid:** Unser erstes Kind ist am 3. 2. angek. Beau-Ing. Karl Zehder u. Frau Maya geb. Stichling, Gellertstr. 25.

Amtliche Bekanntmachungen

Belieferung von Kartoffelabschnitten in Gaststätten, Werkküchen und Kantinen. Die in Gaststätten, Werkküchen u. Kantinen z. Einlos. kommenden Kartoffelabschn. aller Art einschl. Kartoffelreisemarken können bis auf Widerruf ganz od. teilw. m. Brot od. Mehl belief. werd. Das Umrechnungsverh. beträgt: 2000 g Kart. = 700 g Brot oder 500 g Mehl; 1000 g Kart. = 350 g Brot od. 250 g Mehl; 500 g Kart. = 175 g Brot od. 125 g Mehl; Reisemarken ½ Tagesmenge = 200 g Kart. = 50 g Brot od. 40 g Mehl. Karlsruhe, 30. 1. 1948. Ernährungsamt Karlsruhe-Stadt.

Versorgung der gaslosen Haushalte mit Brennstoffen. Im Anschl. a. die letzte Ausg. werd. wiederum f. d. gaslos. Haush. unter gl. Bedingungen je Haush. 2 Ztr. Brennholz freigegeben. Sämtl. gasl. Haush. melden sich v. 2. 2. bis 25. 2. unter Vorl. des gelb. Haushaltsausw. u. der sogen. Gas-Strom-Rationierungskarte als Nachweis üb. Gasverbr. od. gaslos, bei ihrer Bez.-Stelle. Die Rationierungskarte muß sich jedermann, falls noch nicht geschehen, bei den Städt. Werken, Kaiserallee 11, besorgen. Nachzügler können infolge Fristversäumnis nicht mehr berücksichtigt werden. Städt. Wirtschaftsamt.

Haushaltnadeln „Notheifer" für Nachzügler. Nachzügler können geg. Vorl. d. Bezugsmarke b. d. Firmen Ernst Föhr, Rheinstr. 61; Hellmuth z. Felde, Kaiserstr. 124, u. Martin Schneyer, Pfinztalstr. 64, bis einschl. 14. 2. ihre Haushaltnadeln vorbestellen. Städt. Wirtschaftsamt.

Umtausch von Kleinpflanzertabak! Wir haben die Annahmest. v. Kleinpflanzer-Rohtabak z. Umtausch gg. Zigaretten u. Feinschnitt für die Firmen Martin Brinkmann K.G., Ingolstadt u. Goll & Spitz in Heidelsheim übernommen. Ausk. in allen Filialen u. im Hauptgesch. Eugen Kohm K.G. Tabakerzeugnisse, Khe., Lessingstr. 1.

Grundstücks-Zwangsversteigerung. Im Zwangsweg verst. das Notariat am Mittw., 24. 3. 48, vorm. 9 Uhr, in K.-Durlach, Karlsburgstr. 10, Amtsgericht, II. Stock, Zi. 26, die Grundstücke der Schlosser Heinrich Zöller III Eheleute, Lgb.-Nr. 22 013: 3 Ar 76 qm Hofreite, Lgb.-Nr. 22 006: 1 Ar 73 qm Hausgarten, im Stadtteil Bulach, Grünwinklerstraße 17. Schätzungswert 10 000 RM. Karlsr.-Durlach, 24. Januar 1948. Notariat — als Vollstreckungsgericht —.

Rotzkrankheit im Pferdebestand des Max Eichhorn, Karlsr., Einenstr. 1. Der Stall ist gesperrt. Der Oberbürgermeister.

Badische Kommunale Landesbank: Auslosung unserer 4% RM-Kommunal-Schuldverschreibungen Serie V, Wertpapier-Nr. 21329. Am 16. Dez. 47 sind Stücke obiger Schuldverschreibungsserie in Höhe von insges. RM 1 500 000.— zum 1. März 1948 ausgelost worden. Ziehungslisten, welche auch die näheren Einlösungsbeding. und ein Verzeichnis der Restanten aus früh. Verlosungen enthalten, kennen v. uns, Hauptanstalt Mannheim, z. Zt. O 4, 4, unserer Zweiganstalt Freiburg/Br. und Karlsruhe i. B., sowie der Nassauischen Landesbank Frankfurt/Main bezogen werden. Mannheim, 20. 1. 48. Bad. Kommun. Landesbank — Girozentrale — Öffentl. Bank.

Ärzte / Anwälte

Zahnarzt Dr. Herbold, Bruchsal, Amalienstr. 7. Praxiseröffnung am 1. 2. 48. Spr.-Std. Montag bis Freitag, 9—12 u. 3—6 Uhr.

Dr. Elmar Bopp, Rechtsanwalt, Khe., Ritterstr. 8, II. Spr.-Std. Mo.—Fr., 16.30—18.00.

Rechtsanwalt Dr. Baumberger, Karlsruhe-Durlach, praktiziert wieder.

Wilh. Händel, Anton Kling, Rechtsanwälte. Ab 1. 2. 48 üben wir unsere Praxis gemeins. aus. Khe., Leibnizst. 2, Ecke Südendst., T.452.

Verloren

Gold. D.-Armbanduhr, Beck., ob. Gl, beige Lederb. Geibelstr.-Straß.-Hbf. verl. Belohn. Lay, Geibelstr. 21.

D.-Armband-Uhr 1. 2. vl. Gt. Bel. Weisbrod, Rüpp. St. 45.

Gold. Armreif 23. 1. vl. Gt. Bel. Wagner, Durl., Auerst. 54

Gold. Ring m. 3 rot. Stein. verl. Hohe Bel. nach Wahl. Ebert, Ettlinger Straße 33.

Geldbeutel, beige, 28.1. Union verl. Hohe Bel. Bierig, Liedolsheim, Festhalle.

Bl. D.-Rock 1. 2. verl Bel. Maisenhälder, Marienst. 17.

Pol. Kennz. WB-36 740 30. 1. Batzenh.-Thomash.-Durl. vl. Pol.-Wache in Durlach.

Nummernschild WB 37 090 vl. Autohaus Zschernitz, Ettlingen, Karlsruher Str. 18.

Unterricht

Private Fachschule f. d. Dolmetscherwesen Württ.-Bad., Niederl. Khe., Hübschstr. 32. Staatl. anerk. Ausbild. z. Diplomdolmetscher und staatl. gepr. Übersetzer. Schulbeginn 1. 3. 1948.

Engl., Franz. Russ. v. ausl. dipl. Sprachlehr. f. Anf. u. Fortg., Konvers. Anm. Mo., Di., Do. u. Fr. v. 13-21 U. b. Dr. Petroff, Geranienstr. 14.

Russisch. Unterricht f. Anf. u. Fortgeschr., Konversat., sowie alle Arten v. Übersetzungen in u. aus allen Spr